

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1931

152 (4.7.1931)

Werkstreu und

Heute Beilage „Tag der Arbeit“ mit Programm

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10 gerappten Millimeter... Untere wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wandern, Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk, Die Musikstunde / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Nummer 152 Karlsruhe, Samstag, den 4. Juli 1931 51. Jahrgang

Einigung in Paris

Eine schwere Zangengeburt

Die offiziellen Kommuniqués

Paris, 3. Juli. Um Mitternacht hat einer der französischen Unterhändler den Vertretern der Agence Havas erklärt, daß sich die französischen und amerikanischen Unterhändler über die Durchführungsmodalitäten des Hoover-Planes geeinigt haben. Nunmehr muß noch die Zustimmung der anderen europäischen Gläubigermächte eingeholt werden. Unterstaatssekretär François Poncelet hat sich in die Kammer begeben, um dem dort anwesenden Ministerpräsidenten Laval das Ergebnis der Konferenz mitzuteilen.

Paris, 3. Juli. Ministerpräsident Laval hat sich nach der französisch-amerikanischen Besprechung in die Kammer — sie brachte heute eine scharfe Auseinandersetzung mit sich — begeben, um das Dekret über die Schließung der Parlamentssession zu verlesen.

Paris, 4. Juli. Die Besprechungen zwischen den französischen und amerikanischen Unterhändlern, die um 21.30 Uhr begonnen hatten, dauerten bis 40 Minuten nach Mitternacht. Es wurde dann folgendes Communiqué ausgegeben:

Schauspieler Mellon und Vizepräsident Egan haben mit Außenminister Briand, Finanzminister Flandin und Unterstaatssekretär F. Poncelet heute abend verhandelt. Ministerpräsident Laval konnte nur dem Anfang der Sitzung beiwohnen, da er sich in die Kammer und in den Senat begeben mußte. Die Delegierten der französischen und amerikanischen Regierung haben die Prüfung des Hoover'schen Vorschlages und der französischen Antwortnote fortgesetzt.

Schauspieler Mellon bestätigte, daß die amerikanische Regierung sich mit der Unterzeichnung der Entschädigung der ungeschuldeten Annuitäten des Youngplans durch Deutschland einverstanden erklärt hat. Anderserseits mußten gewisse Bedenken werden ausgesprochen; die nachfolgenden, die geringfügige Bedeutung hatten, sollen dem französischen Ministerpräsidenten unterbreitet werden, der am Samstag um 16 Uhr zusammentritt.

Paris, 4. Juli. Nach dem amtlichen Communiqué über die amerikanisch-französischen Besprechungen gibt Havas eine Mitteilung aus, in der es heißt:

Die Verhandlungen, die seit über einer Woche in Paris zwischen dem amerikanischen Schatzsekretär Mellon und den französischen Ministern geführt wurden, haben in der Nacht zum Samstag zu einer Einigung geführt, die der französische Ministerpräsident am Samstag nachmittag zu ratifizieren haben wird.

Es mühten nun noch zwei Punkte geklärt werden, erstens die 500 Millionen Goldmark, die die ungeschuldeten Annuitäten darstellen, die Deutschland an Frankreich entrichten und die Frankreich durch Vermittlung der Internationalen Zahlungsbank Deutschland wieder zur Verfügung stellen werde, die aber nicht dem Reich als solchem geliehen werden, sondern der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft, so daß die deutsche Anteile also einen kommerziellen Charakter haben werde, zweitens, wenn Deutschland nach Ablauf der zwölftmonatigen Zahlungsanspanne ein neues Moratorium beantragen würde, wozu der Youngplan ihm das Recht gebe, werde Frankreich nicht aufgefordert werden, weitere 500 Millionen Goldmark bei der B33, auf Grund des Artikels 199 des Youngplans einzahlen zu müssen; Frankreich stehe die Möglichkeit zu, von dieser Klausel befreit zu werden.

Handgemenge zwischen Laval und Franklin Bouillon

Zwischenfall in der französischen Kammer
Paris, 4. Juli. (Kunt.) In der Kammer kam es am Freitag zu einem ungewöhnlichen Zwischenfall. Der Kammerpräsident hatte die Sitzung geschlossen, als der Abgeordnete Franklin Bouillon, an den noch auf der Ministerbank sitzenden Ministerpräsidenten Laval herantretend und mit ihm eine heftige Auseinandersetzung begann. Ministerpräsident Laval verließ schließlich die Kammer zu verlassen. Erst ließte sich ihm Franklin Bouillon in den Weg, wackte ihm mit beiden Händen an den Rockschößen und verurteilte, ihn an dem Verlassen des Saales zu verhindern. Der Ministerpräsident rief sich jedoch energisch los und als Franklin Bouillon dennoch nicht von ihm abließ, holte er zu einem Faustschlag gegen den Abgeordneten aus. In diesem Augenblick sprang ein Regierungsbeamter dazwischen und zwei Minister drängten Franklin Bouillon aus dem Saal. Der Vorfall erregte innerhalb der Kammer großes Aufsehen.

Die Entscheidung der Sozialdemokratie

Im neuesten Heft der Gesellschaft untersucht Genosse Dr. Hülferding die Erwägungen, die für die Entscheidung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion am 16. Juni maßgebend waren, als sie die Anträge ablehnte, die eine Einberufung des Reichstags fordernden. Die katastrophale Lage, in der sich Deutschland gerade in jener Zeit befand, zeichnet Hülferding in voller Schärfe. Er schreibt:

In dem Zeitpunkt, in dem die sozialdemokratische Fraktion ihre Entscheidung zu fällen hatte, am 16. Juni, hatte die Reichsbank annähernd 1000 Millionen Mark an Gold und Devisen verloren. Sie war an der Nähe der Golddeckungsgrenze angelangt. Eine Unterschreitung der Deckungsgrenze, die übrigens im Bankstatut vorgegeben ist, bedeutet augenblicklich eine Erhöhung des Bankdiskonts zunächst auf 9 Proz. Sie macht aber zudem Restriktionsmaßnahmen erforderlich, die eine Steigerung der Beunruhigung, weitere Verschärfung der Wirtschaftskrisis und vermehrte Arbeitslosigkeit zur Folge hätte. Der Ueberbrückungskredit von 250 Millionen Mark für das Reich war gefährdet, es war nicht sicher, ob die Ueberweisungen an die Länder am 19. Juli rechtzeitig erfolgen, die Auszahlung der Beamtengehälter und der Unterhaltungen in den Gemeinden gesichert wäre. Und zu allem wären die nicht übersehbaren Wirkungen einer Steigerung der in der Entwicklung begriffenen Panik gekommen.

Die Regierung verhielt sich vollkommen starr. Sie lebte nicht nur den Forderungen der Notverordnung, nicht nur die Einberufung des Reichstages ab, sie weigerte sich auch, durch Verhandlungen im Sausbatauschuß eine Grundlage zu schaffen, auf der Vereinbarungen zur Beilegung der schlimmsten Dämonen sich alsbald hätten ermöglichen lassen. Sie erklärte ihre Demission zu geben, wenn der Ausschuss einberufen würde.

Und dennoch! Verzichtete die Sozialdemokratie auf die Einberufung des Reichstages, auf die Aufhebung der Notverordnung, übernahm sie dann nicht — wenigstens scheinbar — eine Verantwortung die sie übernehmen unmöglich war? Die Verordnung hätte draußen im Lande und den Organisationen beifolgende Entrüstung geweckt, sollte die schuldige Regierung länger geduldet werden? Die Notverordnung bringt die Sanierung nur für die Reichsfinanzen, sie überläßt den Gemeinden die Sorge für ein Defizit von einem Drittel bis zur halben Milliarde Mark. Auch die Nichteinberufung des Reichstages legt der akuten Finanzkrise noch nicht mit Sicherheit ein Ende. Ist unter solchen Umständen nicht die Grenze überschritten, die taktischen Erwägungen gesetzt ist? Besteht nicht die Gefahr, daß diese Politik von den Massen nicht verstanden wird? Ist dies aber der Fall, dann setzen wir die Stärke der Partei und Gewerkschaften auf das Spiel und wenn der Entscheidungskampf zwischen Faschismus und Diktatur, zwischen Aufrechterhaltung und Vernichtung der Sozialpolitik droht, dann gehen wir mit verminderter Kraft in den vielleicht doch unausweichlichen, schwersten Kampf.

Das Schicksal der Sozialdemokratie ist in der deutschen Situation zugleich Schicksal der Demokratie, damit Schicksal des Staates. Denn nur ein Mann mag sich vorstellen, daß sich in Deutschland eine Diktatur gründen ließe ohne schwere Erschütterung im Innern, ohne heftige Gegenstöße von außen, Erschütterungen, von denen sich nicht sagen läßt, ob sie von der geschwächten Kraft des deutschen Volkes noch überwunden werden können. Wenn ja, so dürfte in diesem Augenblick die Sozialdemokratie sich sagen: meine Zukunft ist die Zukunft der deutschen Republik, des deutschen Volkes. Nicht Verantwortung für die Partei stand gegen Verantwortung für das Ganze, beides fiel gerade in dieser historischen Pöbse zusammen.

Schwächung der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften, Schwächung des festesten Bollwerkes gegen Faschismus und Bolschewismus, das bisher Deutschland von dem Zusammenbruch im Bürgerkrieg, vor einer Katastrophe bewahrt hat, Sturz der Regierung Brüning — und nach ihren Erklärungen stand nichts anderes mehr zur Entscheidung — hätte es auch den Einküßelungen oder Böswilligen unmöglich gemacht, die Sozialdemokratie mit irgendeiner Verantwortung für die Notverordnung zu belasten. Sie hätte der Stimmung der Massen im Augenblick entsprochen, die eine offene Kampfhandlung mit Genugtuung begrüßt hätten.

Hätte aber diese Stimmung angehalten? Der Sturz der Regierung hätte die Panik vermehrt, hätte die wirtschaftliche Lage akut verschlechtert. Die Aussichten auf eine Verbesserung der Notverordnung hätten sich verringert. Die neue Regierung wäre eine Regierung des offenen Verfassungsverstoßes und der Ausschaltung des Reichstages geworden. Denn die starken Kräfte, die zur Lösung drängen, wären übermächtig geworden, wenn der Sturz der Regierung Brüning von links her erfolgt wäre. Der Sturz der Regierung hätte die Aussichten auf eine Erleichterung von außen, auf einen Erfolg der Schritte zur Verringerung der Reparationslasten zunächst vermindert.

Und die Zukunft der Partei? Der Sturz der Reichsregierung hätte die Räumung der Position in Preußen und den anderen Ländern zur unausweichlichen Folge gehabt. Braun und Seppinger hätten sich nicht zu Mitteln einer Rechtsregierung machen können, deren erster Schritt die Verhängung des Ausnahmezustandes gewesen wäre. Wir hätten den Kampf gegen die neue Regierung gar nicht mit Aussicht auf Erfolg aufnehmen können, wenn sozialdemokratische Minister und Polizeipräsidenten für die Einsetzung der staatlichen Machtmittel gegen die kämpfenden Massen die Verantwortung hätten tragen müssen. Das Ziel der Hugenberg und Sittler, die völlige Vernichtung sozialdemokratischer Machtpositionen, es wäre restlos erreicht worden. Und wären wir dann nicht von den Massen für diese Folgen verantwortlich gemacht worden, die wir doch hätten voraussehen müssen? Und doch blieb die bange Frage, was dann, wenn

Ausländischer Eishändler referiert als Naziprofessor

Frankfurt a. M., 3. Juli. (Eia. Draht.) Das Schöffengericht Limburg verurteilte den Speiseisbahndirektor Werner, der sich in Naziverfammlungen als Referent „Professor Werner“ antändigend liess, wegen Verachens gegen das Republikanische zu vier Monaten Gefängnis. Werner hatte die demagogische Rede eines „Mikhausen“ genannt. Das Gericht lehnte eine Bewährungsstrafe ab, weil der Angeklagte nicht als idealer, sondern als gewöhnlicher Mann als nationalsozialistischer Agitator Deutschland bereist habe. Werner ist unterdessen als Ausländer, — er kommt aus Sillers Heimat — aus Preußen und Hessen ausgewiesen worden und hat sich nach Thüringen zurückgezogen.

Die Finanzwirtschaft im dritten Reich

Der Hitlerpalast verhängt ungeheure Summen
Sittler hat in letzter Zeit immer wieder bestritten oder bestreiten lassen, daß er sich niemals für seine Verammlungen und Reden hätte bezahlen lassen. Für die jüngste Vergangenheit mag das zutreffen, aber bis vor einigen Wochen oder Monaten hat er für seine Verammlungsreden hohe Honorare eingestrichelt; und daß dem so ist, geht aus einem „Erlaß“ hervor, den die nationalsozialistische Parteileitung an alle Bezirke, Kreise und Gauleiter der Partei gerichtet hat. Darin heißt es u. a., daß alle von der Partei bezahlten Funktionäre nur noch in ihren Positionen bleiben dürfen, wenn sie mit einer Kürzung ihrer bisherigen Einkünfte um 30 Prozent einverstanden sind. Wenn das nicht paßt, soll sofort entlassen werden. Nach dem gleichen Erlaß sollen alle Redner der Partei künftig nur noch die reinen Aufkosten ersetzt erhalten. Die bisher gewährten Vergütungen sollen fort. Der Parteiehrgeiz, so heißt es schließlich, verzichtet ebenfalls von nun an auf jedes Entgelt für seine Reden. Das ist die beste Bestätigung dafür, daß Sittler für seine Reden bisher hohe Honorare eingestrichelt hat.
Aber warum die plötzliche Großzügigkeit des Herrn Sittler? Warum die 30 Prozent Kürzung der Gehälter der Nazibonzen? Nun, weil das braune Haus in München ungedeckte Unterhaltungskosten verhängt. Um es zu halten, sollen nach dem oben zitierten Erlaß des Nazi-Papstes künftig alle Kosten so niedrig wie möglich gehalten werden, soll kein Nazibonze, ausgenommen natürlich Sittler und die in seiner nächsten Umgebung befindlichen Röhmlinge, mehr als 500 M monatlich erhalten. Damit die Anordnung streng eingehalten wird, hat Sittler Revisionen eingeleitet, die beschränkt sind, alle Naziklassen ohne vorbereitete Anmeldung zu kontrollieren. Wenigstens wird die Schaffung dieses Kontrollsystems mit der strengen Einbeziehung der obigen Anweisungen begründet. In Wirklichkeit aber dürften sich die Herren des braunen Hauses dazu entschlossen haben, weil ein Nazimann nach dem andern mit der Kaffe durchgeht.

Schmelzing Sieger

Newyork, 4. Juli. (Sunddienst.) In dem am Freitag abend in Cleveland zwischen Schmelzing und dem Amerikaner Strickling ausgefochtenen Kampf um die Boxweltmeisterschaft blieb der deutsche Boxer nach 15 Runden durch technisches K.O. Sieger.

Zusammenstöße

346 Zwangsgestellungen in Berlin
Berlin, 3. Juli. Im Laufe des gestrigen Tages und der Nacht wurden wegen Tragens des verbotenen Spartakadenabzeichens in Berlin 346 Zwangsgestellungen vorgenommen. 284 wurden noch im Laufe der frühen Nacht nach Bestimmung ihrer Personalien entlassen. Die restlichen 62 Festgenommenen werden im Laufe des Vormittags dem Schnellrichter zugeführt, da sie sich gegen § 8 der letzten Notverordnung des Reichspräsidenten verweigern haben.

Blutige Arbeitslosendemonstrationen in Polen

Warschau, 3. Juli. Nach einer Meldung des sozialistischen Robotnik über die Arbeitslosendemonstration in Schloß Piesk sind zwei Arbeitslose von der Polizei erschossen worden, ein dritter soll lebensgefährlich verletzt worden sein.

Bulgarische Polizei schießt in Demonstration

Sofia, 3. Juli. (Eia. Draht.) In der südbulgarischen Stadt Stambul, in der sich 1000 Textilarbeiter im Ausstand befinden, kam es zwischen Streikenden und der Polizei zu blutigen Zusammenstößen. Als die Arbeiter wegen der Mißhandlung streikender Kollegen durch Polizeibeamte entgegen dem Verbot eine Demonstration veranstalten wollten, attackierte berittene Polizei die Menge und gab mehrere Schüsse ab. Zwei Arbeiter und zwei Frauen wurden schwer, und zahlreiche leicht verletzt. Ein Teil der Polizeibeamten wurde durch Steinwürfe verwundet. Erst nach Einschreiten von Militär konnte die Ruhe hergestellt werden.

Kein Toscanini

Toscanini, der sich geweigert hatte, die Würde und den Ernst eines ersten Konzertes durch das Aufspielen der Faschistenbombe herabsetzen zu lassen, wurde von italienischen Faschisten beschimpft und vom faschistischen System verstoßen.
Der deutsche Kapellmeister Fritz Reiner hat kürzlich in Mailand ein Konzert dirigiert. Auch bei ihm erschienen die faschistischen Säuglinge und befehlten ihm, vor Beginn des Konzertes den Königsmarsch und die Faschistenbombe zu dirigieren. Herr Fritz Reiner ist dieser Aufforderung sofort nachgegeben, er hat dafür nicht Obereisen wie Toscanini, sondern draufenden Beifall der Faschisten erhalten.
Es erübrigt sich, über diese Haltung noch ein weiteres Wort zu verlieren. Es genügt vollständig, nur eines festzustellen: Herr Fritz Reiner ist kein Toscanini.

trotz der Vermeidung der Krise im Augenblick die Gefahren fort-

dauern, der Kampf doch unausweichlich wird? Die Gefahren, die der Sturz der Regierung Brüning in diesem Augenblick heraufgeführt hätte, standen sichtbar vor aller Augen, waren sicher und konnten von niemandem bestritten werden. Sie mußten deshalb vermieden werden. Die Gefahren, die uns jetzt bedrohen, entstehen in einer schon veränderten Situation. Die Reichsregierung änderte ihre starke Haltung nur wenig in der allerletzten Stunde, indem sie sofortige Verhandlungen und Milderungen in der Ausführung der Notverordnung zulagte. Eine verantwortungsvolle Regierung hätte die Pflicht gehabt, eine solch überaus scharfe Zuspitzung des Konflikts — die unverantwortliche Haltung der Deutschen Volkspartei soll dabei allerdings nicht veressen bleiben — zu vermeiden. Der Demissionsbeschluss war ein Scharadeispiel und keine verantwortungsbewusste Regierungsmaßnahme. Aber gerade dies bedeutet für die Zukunft.

Dah jetzt die ganze Verantwortung für die weitere Entwicklung der politischen Situation auf der Regierung und nur auf der Regierung lastet. Sie muß wissen und es als sicherer Faktor in ihre politische Rechnung einstellen, daß sie eine solche Situation nicht noch einmal herbeiführen darf, ohne die Schuld für alle Folgen auf sich und auf sich allein zu laden.

Die Sozialdemokratie hat die Regierung Brüning unter den schwersten Opfern toleriert. Wir haben eine Regierung toleriert, in der das Zentrum die politische Hauptverantwortung trägt, und von der wir erwarten konnten, daß in ihr das Zentrum gegen den Abzug der Sozialpolitik wenigstens einen Widerstand leisten und den Weg nach rechts hemmen werde. Wir haben aber kein Interesse daran, aus der Regierung Brüning eine Diktatur Dingeldein, seiner Hintermänner und der dann bereitstehenden Nachfolger werden zu lassen. Die Regierung darf nicht mehr Konzessionen an die Sozialreaktionäre und an die Feinde der Demokratie machen, auch nicht auf die Gefahr, von rechts angegriffen zu werden. Tut sie es doch, so liegt die Verantwortung klar und sie liegt nicht bei der Sozialdemokratie. Dann fällt Brüning, dann fällt das Zentrum auf der reaktionären Front. Die Sozialdemokratie ist jetzt frei in den künftigen Entscheidungen.

Die politische Krise ist auch nach dem Beschluß der Reichstagsfraktion nicht beboben, all die Elemente, die sie bedingen, bleiben bestehen. Der Kampf um die Notverordnung muß fortgesetzt werden und wieder wird die Entscheidung bei der Regierung liegen, sie wird wählen müssen, welchen Feind sie sich sucht.

Wir haben jeder schwer um die schwerste Entscheidung gerungen. Wir glauben, wir hoffen, die große Mehrheit der Fraktion hat richtig gewählt. Wir dürfen uns, wir dürfen den Massen sagen, daß wir uns in absehbar Schlimmes geschickt, um unabsehbar Schlimmeres zu vermeiden. Und wir dürfen trotz alledem vertrauen, daß wir verstanden werden. Wenn es in der Trostlosigkeit seit dem 14. September einen Lichtblick, eine Gewähr für die Zukunft gegeben hat, so war es doch dies: Die Massen haben verstanden, was der Kampf um die Demokratie bedeutet. Trotz aller Prüfungen haben sie in bewundernswürdigem Idealismus das politische Ziel vor allem andere gesetzt. Wir haben unsere Geschlossenheit und Stöckkraft gezeigt, wir haben unsere Organisation gestärkt, mit neuem Leben erfüllt.

Und jetzt erst recht! Der Kampf gegen die Notverordnung ist zugleich Kampf gegen Faschismus und für die Demokratie.

Er kann nicht im Parlament des Faschismus geführt werden, er kann nur geführt werden in den Massen selbst, in ihrer Aktivierung, in ihrer Gewinnung für die Partei und die Gewerkschaften. Die einen von uns fürchten die Erschwerung dieses Kampfes durch die Forderung der Regierung, die anderen seine Erschwerung durch den Regierungsturz. Aber all die Befürchtungen, wir werfen sie jetzt hinter uns und so dunkel der neue Tag anbricht, er ruft uns alle vereint und geschlossen zum neuen Kampf!

Der Stand der Reichsbank

Sehr starke Anforderungen

Die Reichsbank ist über den kritischen Halbjahrestermin (Juniultimo) hinweggekommen, ohne die Deckungsregeln zu unterbrechen. Die Deckung der Noten durch Gold und deckungsfähige Devisen ist dabei von 40,4 Prozent in der Vorwoche um 0,3 Punkte gesunken und liegt damit nur um ein Geringes über der Deckungsregel von 40 Prozent. Dabei hat aber die Reichsbank ihren von ausländischen Noteninstituten zur Verfügung gestellten Währungs-kredit, der insgesamt rund 420 Millionen Mark ausmacht, mit etwa 320 Millionen Mark in Anspruch nehmen müssen. Trotz der Restriktion, die allerdings die Inanspruchnahme des Reichsbankkredits für den Halbjahresresultat nur „mäßig“ einschränken sollte, ist der von der Reichsbank gewährte Kredit um 520,9 Millionen Mark auf 3110,3 Millionen Mark gestiegen. Ende Mai ergab sich die Gesamtsomme von 2086,3 Millionen Mark.

Nach dem Ausweis der Reichsbank haben sich die Dinge so gestaltet, daß sich die Bestände an Gold und deckungsfähigen Devisen für Ende Juni um 216,9 Millionen Mark auf 1720,7 Millionen Mark erhöht hätten. (Ende Mai 2576,5 Millionen Mark.) Im einzelnen haben die Goldbestände um 9,9 Millionen Mark auf 1421,1 Millionen Mark zugenommen. Es handelt sich dabei um den Ankauf von russischen Gold. Der russische Staat befindet sich in einer bedauernden Devisennotlage. Die Bestände an Deckungsdevisen stiegen um 207 Millionen Mark auf 299,6 Millionen Mark. In dieser Steigerung kommt die Inanspruchnahme des Währungs-kredits zum Ausdruck. Wenn man den Ankauf des russischen Goldes berücksichtigt, dürfte sich bei der Reichsbank immerhin für die vierte Juniwoche ein Verlust von rund 90 Millionen Mark an Devisen ergeben haben. Dazu dürfte für den Rest der laufenden Woche — am Freitag haben sich allerdings die Anforderungen an Devisen wesentlich verringert — ein weiterer Verlust kommen, der sicherlich über 100 Millionen Mark geht. Daraus ist der Schluss zu ziehen, daß die Reichsbank im Monat Juni etwa 1400 Millionen Mark an Gold und Devisen verloren hat. Damit sind die Gold- und Deckungsbestände glatt halbiert worden.

Die Wirkungen einer Entwicklung, während der das Ausland binnen vier Wochen ein Drittel seiner Vorkriegsbesitz abgezogen hat, die es im Laufe von fünf Jahren den deutschen Banken anvertraute, liegt jetzt mehr auf wirtschaftlichem Gebiet. Die Reichsbank muß den zur Überwindung der Halbjahreschwierigkeiten in Anspruch genommenen Währungs-kredit Mitte Juli bereits zurückzahlen. Das bedingt die schnellste Eintreibung der in der vierten Juniwoche gewährten Kredite. Der Druck wird sich über die Banken auf die Wirtschaft fortpflanzen. Wie weit die Reichsbank zur Eintreibung der Kredite ihre Restriktionen verschärfen wird, hängt von der Entwicklung auf den Devisenmärkten ab.

Geldüberfluß in der Schweiz

Eine Folge der deutschen Kapitalflucht

Die schweizerischen Bankanstalten haben ihren deutschen Einlegern mitgeteilt, daß sie für Bargelder nur noch 2½ Prozent Zinsen vergüten werden, weil es ihnen unmöglich sei, ihre Gelder nachbringend anzulegen. Die schweizerischen Bankanstalten haben im Juni sehr viel deutsches Geld aufgenommen. Soweit die Schweiz Kredite an deutsche Firmen gibt, müssen diese 7 bis 10 Prozent in manchen Fällen sogar bis zu 12 Prozent einschließlich der diversen Kommissionsgebühren usw. bezahlen.

Freiwillige Arbeitsdienstpflicht

Wirtschaftliche und soziale Kurpfuscherie!

Der Durchführungsentwurf für den freiwilligen Arbeitsdienst wird am kommenden Dienstag den Spitzenorganisationen, die als Träger des Dienstes in Frage kommen, zur Besprechung vorgelegt werden. Es handelt sich zunächst nur um einen Referententwurf. Der Entwurf gliedert sich in fünf Teile. Der erste Teil regelt Personkreis und Verfahren. Der zweite die Vorschriften der Sozialversicherung und des Arbeitsgesetzes; der dritte die Verpflichtung der Gemeindeglieder zur Gewährung von Unterkunft und Verpflegung. Der vierte die Erleichterung der Siedlung, und der fünfte die Ueberwachung der Arbeit durch die Arbeitsämter. Der Inhalt lautet im wesentlichen folgendermaßen:

Die Unterstützung kann einheitlich auf höchstens 2 Mark pro Wochentag für eine Dauer von höchstens 20 Wochen festgesetzt werden, auch wenn hierdurch von den sonst geltenden Bestimmungen über Höhe und Dauer der Unterstützung abgewichen wird. Nach Ablauf der avansierten Woche kann der einheitliche Unterstützungsbetrag nur noch für diejenigen Arbeitsdienstwilligen, die noch auf versicherungsmäßige oder die Krisenunterstützung Anspruch haben, bis zur sonst zulässigen Höchstdauer weiter ausbezahlt werden. Die Unterstützung kann statt an den Arbeitsdienstwilligen an den Träger der Arbeit ausbezahlt werden, auch vorzugsweise für höchstens eine Woche. Die Weigerung kann in Sachleistungen erfolgen. Der Unterstützungsbesuch des Arbeitsdienstwilligen wird auf die sonst zulässige Unterstützungsdauer angerechnet. Von den regelmäßigen Rechnungen beim Arbeitsamt können die Arbeitsdienstwilligen befreit werden. Wenn Arbeitsgruppen für politische oder staatsfeindliche Zwecke mißbraucht werden, dürfen keine Mittel gewährt werden. Ob eine Arbeit als freiwilliger Arbeitsdienst erfordert werden kann, entscheidet der Vorsitzende des zuständigen Arbeitsamts.

In Grenzfällen der Präsident der Reichsanstalt. Mit dem Beginn des Arbeitsdienstes ist für die Gewährung der Unterstützung des Arbeitsamts des Bezirks zuständig, in dem die Arbeit ausgeführt wird. Das Arbeitsamt muß nach Möglichkeit frühzeitiger Anknüpfung den Arbeitsdienstwilligen abrufen, wenn es ihm eine Arbeitsstelle vermitteln kann. Die Kranken- und Unfallversicherung, der Jugend- und Frauenschutz, sowie die Arbeitszeitbestimmungen werden im wesentlichen wie bei einer gleichartigen anderen Arbeit fortgeführt. Zur Erleichterung der Siedlung kann den Arbeitsdienstwilligen, die während einer Dauer von mindestens 12 Wochen beschäftigt sind, ein Betrag von 1,50 M. wöchentlich für jeden Wochentag der Beschäftigung fortlaufend ausgeschrieben werden, und zwar nur auf Antrag bis spätestens innerhalb eines Monats nach Abschluß der Beschäftigung.

Für das Luftschloß des freiwilligen Arbeitsdienstes wird hier ein Fundament zu legen versucht. Am problematischsten erscheint der Siedlungsplan. Wenn etwas Bernünftiges herauskommen soll, dann müssen ganz andere Beträge gutgeschrieben werden, als die 1,50 M. wöchentlich das Geld nehmen? Das Reich kann sich das einfach nicht erlauben. Und dann geben? Was soll man mit einem Stüchchen Land? Ein Stück Land ist noch lange keine Siedlung. Um es dazu zu bringen, ist wieder Geld notwendig. Die Gefahr der Lohnunterhöhung und die Schmälerung des Verdienstes kleiner Unternehmer bleibt nach wie vor bestehen. Es ist also die Gefahr, daß der Dienst für politische oder staatsfeindliche Zwecke mißbraucht wird. Wichtig ist, daß einem Arbeitslosen, der eines Tages den freiwilligen Arbeitsdienst fassen hat, und den Spaten hinwirft, nicht einfach die Unterstützung entzogen werden darf. Eine solche Maßnahme liefe auf Arbeitszwang hinaus.

Aus Hitlers Hoflager

München, 3. Juli (Eig. Draht). Mit seiner Bekleidungsfrage gegen die Münchener Post hat Schultheißmann zunächst kein Glück. Nach einer Verfügung des Präsidenten des Münchener Amtsgerichts wird mit dem Verfahren und der Entscheidung über die Bekleidungsfrage solange gewartet, bis die gegen Höß von der Staatsanwaltschaft eingeleitete Untersuchung wegen Vergehens nach § 175 beendet ist.

Hitler hat inzwischen bei der Polizei weitere Duldung des Postenschießens vor dem Braunen Haus wenigstens bis auf weiteres durchgeleitet. Angeblich hat er eine Feststellungsfrage angestellt, daß Entscheidung darüber getroffen werden soll, ob ein Verbot gegen Aufstellung von Ordnungsleuten in Uniform auf parteieigenem Grund und Boden rechtswirksam ist. Bis diese Frage durchgeföhrt ist, dürfen die Braundemden mit Genehmigung der Polizei hinter den Gartenmatten des Palais Posten stellen. Der äußere Erfolg der Aktion ist zunächst der, daß das Haus jetzt den ganzen Tag über von jugendlichen Hakenkreuzern umlagert ist, so daß die Polizei Mühe hat, die Straße für den Verkehr freizubehalten.

Für Samstag und Sonntag sind wiederum in einer Reihe bayrischer Bezirksämter (Karlsruhe, Würzburg, Pirmasens, Bergabern und Gernersheim) die öffentlichen Nazifundgebungen verboten worden.

Naziblatt gegen den Dolchstoßschwindel

Ein fatales Eingeständnis Goebbels

In Goebbels nationalsozialistischem Angriff vom Mittwoch findet sich eine Abhandlung über den Rasigeneral Eismann, einem der wildesten Heber im Hitlerlager.

Nach eingehender Lebensbeschreibung und Aufzählung der kriegerischen Taten des Generals wird ausgeführt, daß Eismann im August 1918 den Kaiser aus Gesundheitsgründen um Absetzung gebeten habe. In dem Artikel heißt es dann wörtlich weiter:

„So war es ihm erspart, den Zusammenbruch des militärischen Widerstandes an Ort und Stelle zu erleben.“

Da schlag doch der Deibel drein! Die ganze Dolchstoßlegende geht ja hier zu Bruch. Wozu hat sich eigentlich der alte Eismann in Dutzenden von Naziverfammlungen bei der Darstellung der „Erdbebung des kriegstüchtigen Heeres“ und des „roten Verrats“ heiler geredet, wenn ihm in Goebbels Angriff schwarz auf weiß bezeugt wird, daß er nur mit knapper Mühe und Not dem „militärischen Zusammenbruch an Ort und Stelle“ entgangen sei.

Preußen gegen Radaustudententum

Ein Erlass des preuß. Unterrichtsministers

Der Amtliche Preussische Pressedienst schreibt: Die Vorfälle der letzten Tage an der Berliner Universität, die keine vereinzelten Sonderaktionen darstellen, sondern deutlich erkennbar auf ein planmäßiges Vorgehen der beiden radikalen Flügel der Studentenschaft hinweisen — auch der verabschleimungswürdige Vorfall in Kiel — hat in diese Ergebnisse einer systematischen Zersetzung gewisser Teile der Studentenschaft hinein — haben den preussischen Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, Grimme, veranlaßt, die akademischen Behörden erneut zu energischem und raschem disziplinarischem Vorgehen gegen die ruhestörenden Elemente, an den Hochschulen aufzurufen.

In dem Erlass macht der Kultusminister es den akademischen Disziplinarbehörden zur Pflicht, in allen denjenigen Fällen, in denen sich Studenten der Störung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit innerhalb der Räume der akademischen Anstalten oder in ihrer näheren Umgebung schuldig machen, das Disziplinarverfahren so schnellig vorzunehmen, daß es innerhalb einer Woche seit Feststellung des Täters zum Abschluß gebracht werden kann.

Für diese Zeit hält der Minister es für selbstverständlich, daß die Unruhestifter zur Vermeidung weiterer Störungen von der Universität ferngehalten werden. Im übrigen versteht es sich von selbst, daß Studenten, die etwa von den Polizeibehörden bei einer schwerwichtigen Handlung betroffen und festgenommen werden, dem Schnellrichter vorgeführt werden, der ebenfalls in kürzester Frist die betreffenden Vergehen aburteilen wird. Es wird ferner in dem Erlass darauf hingewiesen, daß die Einführung einer verstärkten Kontrolle an den Universitäten unumgänglich nötig sei, damit das

Der neue Schießerlaß in Preußen

Der von uns angekündigte neue Schießerlaß des preussischen Innenministers hat folgenden Wortlaut:

Die Vorschriften über den Waffengebrauch geistlicher eingetretener Polizeibeamter und einzelner Polizeibeamter reichen sowohl zum Schutz des einzelnen Beamten, wie zur Durchführung der Staatsautorität gegenüber tätlichem Widerstand aus. Wenn in einzelnen Fällen ein anderer Einbruch entstanden ist, so kann das nur auf mangelnder Kenntnis oder auf Unvorsichtigkeit in der Ausübung der Vorschriften beruhen. So bemerkt dabei, daß jeder Führer einer zusammengesetzten Polizeimannschaft und jeder einzelne Beamte zur Vermeidung tätlichen Widerstandes oder zur Abwehr eines Angriffes mit Waffengebrauch oder gefährlichen Werkzeugen oder einer Bedrohung gegenwärtiger Gefahr für Leib oder Leben der Beamten oder der ihrem Schutz anvertrauten Personen, das Recht zum Gebrauch auch der Schusswaffe hat. Wenn ein früherer Erlass das Abgeben von Schreckschüssen für zulässig erklärt, so darf das nicht dazu führen, daß auch in den vorgenannten Fällen nur noch Schreckschüsse abgegeben werden, und die scharfe Anwendung der Schusswaffe unterbleibt. Der selbstverständlichen Pflicht zu einer möglichst schonenden Anwendung der Waffe steht gegenüber die Sorge um das Leben und die Gesundheit der Polizeibeamten und die Pflicht zu unbedingten Aufrechterhaltung der Staatsautorität.

Der Minister schließt seinen Erlass mit den Worten: „Ich werde daher keinem Beamten, der auf Grund dieser Bestimmungen von seiner Waffe Gebrauch macht, meinen Schutz versagen. Die Beamten sind auf das Genaueste über ihre Rechte und ihre Pflichten zum Waffengebrauch zu unterrichten.“

Braunschweigs Naziregierung erläßt Versammlungsverbot

Braunschweig, 3. Juli (Eig. Draht). Das braunschweigische Naziregiment hat am Freitag alle Umzüge aller Art, die unter dem Schutz der Staatsmacht bis auf weiteres verboten. Daraus ist auch der Gehalt des Reichstages Schmarz-Rot-Gold, der am 17. und 18. Juli in Braunschweig stattfinden sollte, unmöglich gemacht worden. Gegen das Verbot ist sofort Beschwerde beim Reichsinnenminister eingeleitet worden.

Ungarns Sozialdemokratie behauptet sich

Budapest, 3. Juli (Eig. Draht). Die ungarische Sozialdemokratie hat von 30 in Budapest und seiner Umgebung zu vergebenden Parlamentsmandaten 9 erhalten. In ganz Ungarn brachte sie es auf 14 Mandate. Sie hat damit ihren Bestand trotz Wahlterror und Wahlwindel behauptet.

Neuer Nazifrevel vor der Kölner Universität

Köln a. Rh., 3. Juli (Eig. Draht). Am Freitag vormittag kam es vor der Kölner Universität wieder zu einem Demonstrationsverbot nationalsozialistischer Studenten. Die Polizei schritt ein und machte dem Saal bald ein Ende. Im Universitätsgebäude wurde ein nationalsozialistischer Student niederschlagen.

Freistaat Baden

Anerkennung für Kemmele

In der Karlsruher Zeitung, dem Badischen Staatsanzeiger, wird dem Genossen Kemmele anlässlich seines Ausscheidens aus dem Staatsdienst diese Anerkennung gewidmet:

Mit Dr. Kemmele ist ein vielbekämpfter Mann aus der badischen Landesregierung ausgeschieden, dessen ernstzunehmende politische Geistesfreiheit von vornherein stets eines immer wieder anerkannt haben: seine Arbeitskraft und seine persönliche Integrität. Kemmele hat ein Recht auf objektive Würdigung seiner reichen und umfassenden Tätigkeit für das badische Land. Seine Verdienste in Jahren rastloser Arbeit, die ihm ja so viele und ungerechtfertigte Anfechtungen gebracht hat, gehen weit über den Rahmen eines Parteimannes hinaus, und es ist ein bedeutungsvoller Abschnitt badischer Geschichte, der gerade mit seinem Wirken und Namen stets verbunden bleiben wird.

In den schweren Zeiten der Republik Baden, in den aufregenden Monaten der Staatsumwälzung, hat er seinerseits die Leitung des Ministeriums des Innern übernommen. In diesen mehr als zehn Jahren hat er dem Volke und dem Lande Baden vieles geleistet; sein starker Wille, sein energisches Handeln und sein zielbewusstes Vorgehen bei allen unternommenen Aktionen schufen die Voraussetzungen, daß das badische Land vor größeren Störungen seiner staatlichen Ordnung verschont blieb. Uniere Zeit verläuft reich, aber was Minister Kemmele als Verantwortlicher für die Politik und für das innerstaatliche Geschehen durchgesetzt hat, wird für immer als geschichtliche lebenswichtige Arbeit für das badische Land bestehen.

Kemmele ist in erster Linie die Schaffung einer den schwierigen Verhältnissen gerecht werdenden badischen Polizeimacht zu danken. Zuerst baute er die Sicherheitspolizei auf die Volkswehren auf und schuf dann den einheitlichen Verband und Aufbau der heutigen Sicherheitspolizei. Immer wieder haben sich Polizei und Gendarmerie den Aufgaben der inneren Ordnung des Grenzlandes Baden gewachsen gezeigt, und heute wird die badische Polizeioberorganisation in Inland und Ausland als vorbildlich angesehen. Ein sehr umfangreiches Kapitel gäbe eine Darstellung der Tätigkeit des Innenministers Kemmele auf dem Gebiet der Verwaltungsvereinfachung, der Gemeindeordnung und der Kreisordnung, der Wirtschaftsförderung bei Landwirtschaft, Gewerbe und Handel, der Übernahme der Aufgaben des 1924 aufgehobenen Arbeitsministeriums durch Kemmele als Sozialminister, seiner Tätigkeit auf dem Gebiete der Gewerbeaufsicht, des Wohnungsbaues, der öffentlichen Gesundheitspflege.

Es kam das Jahr 1929, das Jahr der Ruhrbesetzung und auf der Besetzung badischer Städte Offenburg, Mannheim, Mainz, des Karlsruher Rheinbafens usw. — durch die Franzosen! Diese Wirren zu paralisieren, dazu gehörte Mut, Takt und ein hohes Maß von Verantwortungsgesinnung. Minister Dr. Kemmele hat diese Eigenschaften gezeigt und dabei doch auch in zielbewusster Arbeit Widerungen der Belastungsbarkeiten erreicht. Zähigkeit und diplomatisches Geschick gehörten dazu, die badischen Interessen gegenüber dem eingedrungenen Feinde zu wahren. Manche der heutigen Kritiker Kemmeles hätten kaum in den damaligen schweren Stunden den besetzten Gebieten vom badischen Volke das abgewendet, was ihm im Belastungsstadium unauffällig und mit eiserner Zielbewußtheit und Zähigkeit gelungen ist.

Dann kam in späteren Jahren das Anwachsen der rechts- und linksradikalen Parteien, die sich in ihren Tendenzen besonders gegen den Innenminister wandten. Dr. Kemmele aber bewährte sich als Hüter und Schützer des Staates. Viele Angriffe, die zum Teil leider auch vor persönlichen Verleumdungen nicht zurückschreckten, hat er besonnen zu erdulden gehabt. Sie vermochten ihn von seinem Ziele, den Staat vor Schaden zu bewahren, nicht abzuhalfen.

Als er dann nach den Landtagswahlen von 1929 das Innenministerium mit dem Kultusministerium (unter gleichzeitiger Vertretungswahl Uebernahme des Justizministeriums) vertauschte, wurden neidlos seine Verdienste in der badischen Verwaltung von allen Seiten anerkannt. Dies betonte in der Landtagsagung am Dienstag auch ausdrücklich Präsident Duffner, als er des ausscheidenden Ministers Dr. Kemmele gedachte.

Das Kultusministerium hatte Herr Dr. Kemmele schon 1925/26 verwaltet; jetzt wieder seit 1929. Mit großem Eifer und dem besten Fleiß arbeitete er sich in die schulischen und kulturellen Gebiete ein und suchte mit bestem Willen die auch hier auftauchenden sehr großen staatspolitischen Schwierigkeiten — man darf nur an die Vorgänge an der Heidelberger Universität erinnern — zu meistern.

Kemmeles Ministerstätigkeit war erfüllt von Pflichtgefühl, eisernem Fleiß und Gerechtigkeitsliebe. Es ist auch uns herzliches Bedürfnis ihm den Dank des badischen Landes und des Volkes auszusprechen. Sein Name wird in der Geschichte des badischen Staates jederzeit mit Achtung genannt werden.

Umzugsverbot in Baden

Auf Grund des Artikels 123 der Reichsverfassung in Verbindung mit der Verordnung des Reichspräsidenten zur Befähigung politischer Ausschreitungen vom 28. März 1931 werden für das Land Baden alle Ansammlungen und Versammlungen unter freiem Himmel (Propagandafahrten, Umzüge und Kundgebungen auf öffentlichen Straßen und Plätzen) vom 6. Juli 1931 an bis mit 30. September 1931 verboten. — Veranstaltungen gesellschaftlicher, rein sportlicher oder kirchlicher Art, soweit sie herkömmliche und ohne besonderen politischen Charakter sind, werden durch diese Verordnung nicht betroffen, sind aber beim Vorliegen der Voraussetzungen des § 1 der Verordnung vom 28. März 1931 anmeldepflichtig. Sonderregelung für Veranstaltungen zur Feier des Verfassungstages bleibt vorbehalten. Anlaß zu dieser Verordnung hat der Umstand gegeben, daß mit Aufhebung des früheren Umzugsverbots auf Ende April 1931 ohne Unterbrechung in außerordentlich großem Umfang Aufmärsche und Demonstrationen politisch gegenseitig eingetretener Bevölkerungsgruppen stattgefunden haben. Diese Vorgänge ließen eine zunehmende Verschärfung der politischen Verhältnisse erkennen, die sich in ständig zunehmender Unruhe und in einer drohenden Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung auswirkten. Um schwere

Verstöße gegen die öffentliche Sicherheit und Ordnung zu verhindern, mußten Polizeiträfte in einer Weise eingesetzt werden, daß sich daraus eine übermäßige persönliche Inanspruchnahme der Sicherheitsorgane und eine nicht länger zu vertretende finanzielle Belastung ergab. Es erschien deshalb nach dem Vorgang benachbarter Länder angezeigt, die Ansammlungen und Versammlungen unter freiem Himmel vorübergehend einzuschränken und hierdurch die Belastungen Mithin zu vermindern. Die Polizeibehörden sind angewiesen, für unbedingte Durchführung der Anordnung zu sorgen.

Keine Ausgabe ohne Deckung auch in den Gemeinden

Im Geheges, und Verordnungsblatt (Nr. 37) erläßt der Minister des Innern eine Verordnung, die noch in die Amtszeit des jetzigen Justizministers Bittmann als Innenminister fällt, wonach die Geschäftsordnung der Bürauswahl für die Gemeindevereinsammlungen nach dem Beispiel des Badischen Landtages eine Veränderung dahingehend erläßt, daß Anträge, welche eine Erhöhung der im Gemeindeverordnungsblatt festgesetzten Ausgabeposten oder eine Minderung der Einnahmeerlöse zur Folge haben, nur gestellt werden können, wenn sie gleichzeitig bestimmte Vorschläge darüber enthalten, wie die entstehenden Ausfälle gedeckt werden sollen. Auch sollen Anträge mit offensichtlich befehdendem Charakter vom Bürgermeister zurückgewiesen werden. Weitere Veränderungen sind getroffen für die Aufrechterhaltung von Ordnung und Ruhe. Zutritt zu den öffentlichen Sitzungen haben nur Personen im wahlberechtigten Alter.

Veränderungen der Geschäftsordnung nach dem Grundgesetz: Keine Ausgabe ohne Deckung wurden bereits von verschiedenen Bürauswahlämtern im Lande Baden von sich aus vorgenommen, so vor nicht allzulanger Zeit in Mannheim.

Gerechtigkeitsbetrieb im „Muschlerlände“

Nazis geht es auch vor badischen Richtern gut. Mit einem Aufmarsch von 37 Zeugen kam am Mittwoch in Freiburg vor dem Großen Schöffengericht wieder einer jener Strafprozesse zur Verhandlung, die in unserer Zeit der politischen Hochspannung nicht zu den Seltenheiten zählen. Der gewaltigen Stimmung einer öffentlichen Versammlung sowie der Körperverletzung sind beizufügen: 1. Der 29jährige Gärtner Wilhelm Biss, 2. der 29jährige Maler Gustav Schaller; 3. der in Freiburg wohnhafte Banarbeiter Karl Killy (26 Jahre); 4. der 28jährige Tagelöhner Fritz Dettlin aus Müllheim; 5. der 28jährige Tagelöhner Emil Badtke aus Freiburg.

In Müllheim am Abend des 28. Februar die politischen Wogen besonders hoch. Die Sozialdemokratische Partei hatte eine öffentliche Versammlung in die Festhalle einberufen, in welcher der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete G. Weinhold über das Thema sprach: „Der Volksbertrag der Nationalsozialisten“. Als Disputationsredner trat ihm der Schulamtsleiter Trüfchler aus Freiburg entgegen, dem eine Redezeit von 15 Minuten eingeräumt wurde. Er war mit einem Trupp von 60 bis 70 Nationalsozialisten in der Festhalle erschienen, die teilweise aus Müllheim stammten, in überwiegender Mehrzahl aber mit Luftstrafwagen aus Freiburg gekommen waren, angeblich zum Schutze Trüfchlers, falls er in der Festhalle belästigt oder angegriffen werden sollte.

Hitzekatastrophen

Rekordleistungen und Kuriositäten des Wetters

Als in Deutschland im Monat Mai dieses Jahres das Thermometer an manchen Tagen bis zu 32 Grad Celsius hinaufkletterte, erklärten die Menschen unter Neugier und Stöhnen: „Diese Hitze ist nicht mehr zu ertragen.“ Und schon kamen die Statistikblätter die feststellten, daß 32 Grad im Monat Mai eine wahre Rekordhöhe sind. Dann folgten die verschiedensten Zahlen und Daten. Aber wenn auch diese Hitze einen Rekord — vorerstens für Deutschland darstellte, so war sie noch weit davon entfernt, unerträglich zu sein. Nun kommt aus Amerika, dem Lande der unbegrenzten Möglichkeiten, die Nachricht, daß dort das Thermometer während des Tages 41 Grad Celsius im Schatten erreicht. Diese Hitze ist tatsächlich nur schwer zu ertragen und muß schon als eine Hitzekatastrophe bezeichnet werden.

600 Tote

Am 21. Juni begann eine furchtbare Hitzewelle, die noch immer andauert. Ganz besonders leiden New York und Chicago unter ihr. Diese anormale Hitze — seit 1901 wurden in den Vereinigten Staaten nicht solche Temperaturen beobachtet — hat bisher über 600 Tote, besonders in New York, an einem einzigen Tag tötete 300 Menschen ums Leben.

Die angelegten Großstadtmenschen helfen sich, wie sie eben können, so verpackt sich New York in ein gewaltiges Strandlager. Die Einwohner klappten mit Betten und dem notwendigen Hausrat ausgerüstet, in den Straßen und am Meeresufer, laufen in luftigen Strandanzügen herum, schwitzen und essen unaufhörlich Eis. Da man aber tagsüber auch arbeiten muß, und die Arbeit nicht in Pajamas verrichtet werden kann, kommen zahlreiche Hitzeschläge und Todesfälle vor.

Diese hohen Temperaturen sind jedoch nicht die höchsten, die Amerika aufweist.

Dürrekatastrophe

Im August des vorigen Jahres wurde Amerika von einer besonders gewaltigen Hitzewelle heimgesucht. Die unerträgliche Hitze — in New York zeigte das Thermometer 47 Grad Celsius — dauerte wochenlang, und da inzwischen in 18 Staaten kein Tropfen Regen fiel, entstand eine Dürrekatastrophe riesigen Ausmaßes. Durch die anhaltende Trockenheit wurden nicht weniger als 700 Millionen Bushel Mais vernichtet. Der Schaden der Landwirtschaft betrug über eine Milliarde Dollar. Es war die schlechteste Ernte seit dem Jahre 1901. Dies führte natürlich zu einer enormen Preissteigerung der Lebensmittel. In New York und den übrigen Großstädten betrug die 25 Prozent. Es herrschte Arbeitslosigkeit, Seuchen — besonders Typhus — und Nahrungsmangel. Riesige Waldbrände brachen aus, Hunderte von Häusern wurden zu Asche, und — eine Million Farmer zu Bettlern. In den Großstädten wurden tagtäglich mehrere hundert Menschen ohnmächtig und — es gab keine Hilfe. Bis endlich im Monat September der erste Regen fiel. Das war die größte Hitzekatastrophe dieses Jahrhunderts. Welch

Die Staatsanwaltschaft steht aber auf dem Standpunkt, sie hätten es durch ihr Verhalten auf die planmäßige Störung der Versammlung abgesehen gehabt und darin sollen sich die sechs Angeklagten besonders hervorgetan haben. Nach Ablauf der vierstündigen Redesitz sollte T. zu sprechen aufhören, worauf er eigenmächtig, unter Umgehung des Versammlungsleiters, eine oberflächliche Abstimmung durch Sandaufheben bei den Versammlungsteilnehmern vornahm, ob ihm weiterzureden gestattet ist. Das ließen sich die Veranstalter der Versammlung nicht gefallen, Trüfchler wurde vom Rederpult weggehoben. Das war das Signal zum Tumult und zu einer Schlägerei, bei der mehr als 20 Stühle zertrümmert und zerflütert wurden. Mit Unterstützung der Polizei und Gendarmerie drängten schließlich die zum Saalhaus aufgestellten Reichsbannerleute die Nationalsozialisten zum Saal hinaus.

Der Prozeß gegen die Nazis bot wieder das übliche Bild: Die wilden Mannen Hitlers spielen sich als harmlose und brave Schwabbürger auf, denen beileide das nicht zugutrauen ist, was ihnen der Staatsanwalt mit Recht zur Last legt. Es kann aber nicht geleugnet werden, daß die Nazis es damals auf eine planmäßige Störung der sozialdemokratischen Versammlung abgesehen haben. Ihr ganzes Auftreten und Benehmen trug etwas Provokatorisches oder wie man bei uns sagt Händelstüchtes an sich.

Das Gericht hielt den vollen und unanfechtbaren Beweis für die Schuld der Angeklagten für nicht geführt und erkannte deswegen ausnahmslos auf Freisprechung. In der Urteilsbegründung wurde aber festgestellt, daß der Hauptverdächtige der nationalsozialistische Führer Trüfchler gewesen sei, der leider nicht auf der Anklagebank gelesen habe. Er war es, der in Müllheim die Sache inszenierte. Wenn Trüfchler eine Tracht Prügel bekommen habe, so sei das nicht zu verwundern bei seinem Verhalten.

Von den sechs Angeklagten waren zwei schwer vorbestraft, deren Strafkarte im Gerichtssaal verlesen wurde.

Das Urteil wirkte auf die Reichsbannerleute sehr demütigend. Auch im Urteil selbst wurde festgestellt, daß der Ausgang des Prozesses sehr unbefriedigend sei, weil es nicht gelungen sei, die wahren Schuldigen auf die Anklagebank zu bringen.

Stellungswechsel

Der bisherige und sozusagen deutschvolksparteiliche Landtagsabgeordnete Bauer, Oberregierungsrat und Oberstleutnant a. D., ist wegen der letzten Regierungsbildung aus der Deutschen Volkspartei ausgeschieden und hat sich den Deutschnationalen angeschlossen. Das Karlsruher Stadtverordnetenmandat und das Mandat im Verwaltungsrat des Landestheaters hat Herr Bauer niedergelegt. Aber sein Landtagsmandat behält er bei. Ja, Bauer, das ist auch was anderes! Herr Bauer erklärt in einem Schreiben an die Deutsche Volkspartei, daß er sicher sei, im Sinne der weit überwiegenden Mehrheit der volksparteilichen Wähler zu handeln, wenn er der Deutschen Volkspartei den Rücken kehre und den Deutschnationalen sich anschließen. Herr Bauer ist auf halbem Wege stehen geblieben: seinem ganzen Charakter nach und gemäß seiner unfairen Manieren im politischen Kampfe, gehört er zu den Nazis. Und es sind sicher nicht politische, sondern rein persönliche Erwägungen, die ihn als Oberregierungsrat abhalten, zu den politischen Brüdern hinüberzuweichen, die ihm aufs Haar gleichen. Auch die Deutschnationalen werden, und wir gönnen ihnen das aus vollem Herzen, mit Herrn Bauer wenig Freude erleben.

eigenartige Folgen diese grauenhafte Hitze hatte, dafür nur ein Beispiel.

Der heißeste Ort der Welt

New York mit seiner 47-Grad-Temperatur kann jedoch für sich noch lange nicht den Ruhm beanspruchen, der heißeste Ort der Welt zu sein. Dieser Ruhm gebührt Death Valley (Tal des Todes) im Kalifornien. Dort sind Temperaturen von plus 57 Grad Celsius im Schatten nichts Ungewöhnliches. Das Tal ist natürlich, wie sein Name besagt, wüst und nicht von Menschen bewohnt. Lange Zeit über betrachtete man diesen Ort als den heißesten der Welt. Im Jahre 1922 entdeckte man jedoch in Afrika eine noch um einen Grad heißere Stelle, Aziza in der Sahara. In El Torban, in einem kleinen Fischerdorf der Halbinsel Sinai, wurde sogar im Jahre 1902 von Raoul Francc plus 62 Grad gemessen, allerdings nur über den von der Sonne glühend gemachten Felsen.

Die zertrümmerte Wohnungseinrichtung

Große Hitzewellen haben mitunter ganz eigenartige Folgen und übernehmen oft die Arbeit der Klopffestler, die für gewöhnlich nur in alten Schlössern ihr Unwesen treiben. In Paris ereignete sich voriges Jahr solch ein kurioser Fall. Im Monat August brettete sich über die Seinestadt eine richtige Hitzewelle aus. Diejenigen, die es sich leisten konnten, flüchteten in kühlere Gegenden und kehrten erst Anfang September, als wieder normale Temperatur herrschte, heim.

Viele dieser Glücklichen erlebten nun zu Hause eine unangenehme Ueberraschung. Unordnung, zertrümmerte Spiegel, zerbrochene Bilderrahmen lagen auf dem Boden, und alles deutete darauf hin — da nichts gefohlen —, daß in der Wohnung Geispenster ihren Spuk getrieben haben. Nun wurde die Polizei alarmiert; sie erschien, und konnte bald feststellen, daß all dieses Unheil nicht eine Bande von Geispenstern, sondern die Hitze angerichtet hatte. Die übergroße Hitze hatte nämlich die Schnüre und Befestigungen der Bilder und Spiegel, der Banduhren und anderer Gegenstände derart ausgetrocknet, daß sie brachen und die an ihnen befestigten Gegenstände zu Boden fielen. Diese kuriosen Geschehnisse erregten damals ungeheures Aufsehen und allgemeines Kopfschütteln.

Estimos klagen über Hitze

In Grönland ist es bekanntlich sehr kalt, und selbst der dortige Sommer ist für unsere Begriffe Winter. Im Februar 1929 aber mußten die Estimos zu ihrer Ueberzeugung feststellen, daß sie von einer Hitzewelle heimgesucht worden waren. Es herrschte eine Wärme bis zu 10 Grad plus, der Schnee schmolz, so daß die Estimos ihre Hundeschlitten nicht benutzen konnten. Vorwegen mußte damals eingetreten und die von der Hitzekatastrophe Betroffenen mit Lebensmitteln versehen. Wie man sieht, ist der Begriff „arose Hitze“ auch nur relativ. Dr. Leo Lautenschlager.

Preisabbau für Roth-Händle-Fabrikate

Roth-Händle (dunkel) 2 1/2 Pfg. per Stück

HOCO (hell) 2 1/2 Pfg. per Stück

Zigaretten in altbewährter Qualität



Gewerkschaftliches

Internationaler Kongreß der Lebensmittelarbeiter

Einleider Brotverbranch — Nachtarbeit

In Prag fand dieser Tage der 5. ordentliche Kongreß der Internationalen der Lebensmittelarbeiter statt. Vertreten waren 24 Organisationen aus 15 Ländern durch 67 Delegierte. Der amerikanische Bäckerarbeiterverband hatte unter Zustimmung des Kongresses sein Mandat dem österreichischen Verband übertragen. Im Mittelpunkt der Beratungen stand die Frage des Verbotes der Nachtarbeit.

Die Internationale zählte, wie aus dem Tätigkeitsbericht ihres Sekretärs Schifferlein hervorgeht, Ende 1930 in den 33 angeschlossenen Verbänden 886 722 Mitglieder. In Europa sind fast sämtliche Lebensmittelarbeiterorganisationen der Internationale angeschlossen.

Großen Eindruck auf die Kongreßteilnehmer machten die Schilderungen der Wirtschaftskrise in Deutschland und Österreich durch das Vorstandsmitglied des deutschen Verbandes Meier und den Führer der österreichischen Delegation Supperl. Meier wies darauf hin, daß im vergangenen Winter 15 bis 18 Millionen Menschen in Deutschland in ihrem täglichen Brot bedrückt waren und daß der nächste Winter nicht besser werde. Die Notverordnung, die den Lebensmittelstandard der Arbeiterklasse auf ein noch tieferes Niveau drückte, bedrohe auch die Gewerkschaften. Die Lösung des Reparationsproblems durch Streichung sämtlicher Kriegsschulden würde die deutsche Republik besser stellen als Lohnbeschnitten und gutes Zureden aus dem Ausland. Ruwert betonte, der Kapitalismus habe sich als unfähig erwiesen, die schwere Arbeitslosennot zu beheben. Während die Bevölkerung der Stadt Wien an Zahl zugenommen habe, sei der Brotverbrauch um 50 000 Laib pro Tag zurückgegangen.

Die Frage des Verbotes der Nachtarbeit in Bäckereien wurde auf dem Kongreß, nachdem sie bereits vorher Gegenstand einer besonderen Bäckerkonferenz war, eingehend erörtert. Die einschlässige Stellungnahme des Kongresses gegen die Wiedereinführung der Nachtarbeit fand in einer einstimmig angenommenen Entschließung ihren Ausdruck. Darin wird mit Nachdruck hervorgehoben, daß die Verbote, den Arbeitsbeginn vor 6 Uhr morgens zu verlegen oder den Dreifachdienstbetrieb einzuführen, nur auf eine allgemeine Einführung der Nachtarbeit hinauszielen. Die Internationale konvention über das Verbot der Nachtarbeit müsse endlich einmal von allen Regierungen der dem Völkerverband angeschlossenen Staaten ratifiziert werden.

In der Frage des Rost- und Logiszwanges forderte der Kongreß den baldigen Erlass gesetzlicher Vorschriften und die Durchführung strenger Kontrollen in allen Ländern, um die diesfalls noch bestehenden unmündigen Zustände zu beseitigen.

Der Vorstand wurde in seiner bisherigen Zusammenetzung bestätigt.

Arbeitszeitverkürzung im englischen Kohlenbergbau

WLB London, 3. Juli. Im Namen des Premierministers leide der Alters-General dem Unterhaus einen Gesetzentwurf über den Kohlenbergbau vor, durch den die Arbeitszeit in den Gruben während der nächsten zwölf Monate auf 7 1/2 Stunden täglich bei Beibehaltung der bestehenden Lohnsätze herabgesetzt werden soll. Der Entwurf, der eine provisorische Maßnahme darstellt, wurde in der ersten Lesung angenommen.

Dem Vorstand des Deutschen Bauernverbundes wurde vom Reichsausschuss für Ernährung mitgeteilt, daß es sich auf den Antrag des Bundes hin entschlossen hat, die Bauämter des Staates Anhalt anzuweisen, bei Bauarbeiten in eigener Regie die 40-Stunden-Woche einzuführen und bei Bauaufträgen an private Unternehmer diesen die Durchführung der 40-Stunden-Woche zur Pflicht zu machen. Darüber sei den Kreis- und Kommunalverwaltungen sowie den bauaufsichtlichen Magistraten von diesem Beschluß Kenntnis gegeben worden mit dem Ersuchen, bei der Vergabe von Bauaufträgen in gleicher Weise zu verfahren.

Immer noch Arbeiterentlassungen. Die Gute-Hoffnung-Hütte Oberhausen entläßt am 31. Juli 1600 Bergarbeiter. Davon entfallen je 600 auf die Beiden Osterfeld und Jacobs und je 200 auf die Beiden Sterfede und Wonders.

RUNDFUNK

Süddeutscher Rundfunk — Südbund

Sonntag, 5. Juli, 7 Uhr: Hamburger Hafenkonzert, 8 Uhr: Gymnastik, 8.30 Uhr: Morgenkonzert, 9.45 Uhr: Radio, 10.30 Uhr: Dieb. Sch. Koch, 11.15 Uhr: Feiertags-Entwicklung des Stresemann-Edrenwald, 12.45 Uhr: Unterhaltungskonzert, 14.10 Uhr: Bunter Schallplattenkonzert, 15. Uhr: „Der und der“, 15.30 Uhr: Franz Graf liest aus eigenen Schriften, 16. Uhr: Unterhaltungskonzert, 17.30 Uhr: Nachmittagskonzert, 18.45 Uhr: Kleine Bühne für Blöde und Kläber, 19.15 Uhr: Sportbericht, 19.30 Uhr: Stunde der Jugend, 20.30 Uhr: Musikabendkonzert Franz Ritter, 22.15 Uhr: Sportbericht, 22.35 Uhr: Tanzmusik.

Montag, den 6. Juli, 5.55 Uhr: Gymnastik, 10. Uhr, 12.20 und 13.30 Uhr: Schallplatten, 16. Uhr: Klavierabend, 16.30 Uhr: Konzert, 18.15 Uhr: Arbeitsdienstpflicht, 18.45 Uhr: Vortrag: Bruders menschlische und künstlerische Persönlichkeit, 19.45 Uhr: 13 Dramen in einer Stunde, 20.30 Uhr: Symphoniekonzert, 21.30 Uhr: Die Großstadt geht schlafen, 22.40 Uhr: Tanzmusik.

Dienstag, 7. Juli, 5.55 Uhr: Gymnastik, 10. Uhr, 12.20 und 13.30 Uhr: Schallplatten, 16. Uhr: Frauenstunde, 16.30 Uhr: Nachmittagskonzert, 18.15 Uhr: Volkspolizei und Volkswirtschaft, 18.45 Uhr: V. Wegener zum Gedächtnis, 19.15 Uhr: Arbeitsdienstpflicht, 19.45 Uhr: Musikabendkonzert, 20.30 Uhr: „Der contra Altler“, 21.45 Uhr: Kompositionsstunde Paul Groß, 22.45 Uhr: Den Nachbarn rauschen hören in Parosell.

Mittwoch, den 8. Juli, 5.55 Uhr: Gymnastik, 10. Uhr, 12.20 und 13.30 Uhr: Schallplatten, 16.30 Uhr: Fremdenkonzert, 16.30 Uhr: Kinderstunde, 16.30 Uhr: Nachmittagskonzert, 18.15 Uhr: Natur, der Waldpark, 19.15 Uhr: Arbeitsdienstpflicht, 19.45 Uhr: 13 Dramen in einer Stunde, 20.30 Uhr: Symphoniekonzert, 21.30 Uhr: Die Großstadt geht schlafen, 22.40 Uhr: Tanzmusik.

Donnerstag, den 9. Juli, 5.55 Uhr: Gymnastik, 10. Uhr, 12.20 und 13.30 Uhr: Schallplatten, 14.50 Uhr: Deutsch für Ausländer, 15.30 Uhr: Stunde der Jugend, 16.30 Uhr: Schallplatten, 16.30 Uhr: Nachmittagskonzert, 18.15 Uhr: Vortrag: Das Remondse Granitabergwerk und seine Bedeutung, 18.45 Uhr: Stunde der Arbeit, 19.15 Uhr: Volkstheater, 20.30 Uhr: Konzert, 21.40 Uhr: senaliance, Barock, Roroto, 22. Uhr: Konzert für Klavier und Orchester.

Freitag, den 10. Juli, 5.55 Uhr: Gymnastik, 10. Uhr, 12.20 und 13.30 Uhr: Schallplatten, 16. Uhr: Probe und Wiederholung von 1700 bis 1880, 16.30 Uhr: Nachmittagskonzert, 18.15 Uhr: Grotte und Schiller, 18.45 Uhr: Die Haut als Spiegel der Gesundheit, 19.15 Uhr: Operettenkonzert, 20.35 Uhr: Von flüchtigen Tieren und dummen Menschen, 21. Uhr: Eine halbe Stunde Liebesabermüll, 21.30 Uhr: A capella-Chöre, 22.40 Uhr: Sportbericht, 23. Uhr: Mädel, was seid ihr doch so süß, 23.30 Uhr: Tanzmusik.

Samstag, den 11. Juli, 5.55 Uhr: Gymnastik, 7.30 Uhr: Morgenkonzert, 10. Uhr, 12.20 und 13.30 Uhr: Schallplatten, Stunde der Jugend, 16.30 Uhr: Schallplatten, 16.30 Uhr: Nachmittagskonzert, 18. Uhr: Sportbericht, 18.15 Uhr: Autoreise durch Palästina, 18.45 Uhr: Sommerführung, 19.45 Uhr: Von Komödien und Menschen, 20.30 Uhr: Unterhaltungskonzert, 22.50 Uhr: Tanzmusik.

Aus aller Welt

Die Stephanikirche in Bremen in Brand

Bremen, 3. Juli. In der Stephanikirche brach an dem Baugerüst im Turm der Kirche, der einer Renovierung unterzogen werden sollte, heute nachmittag kurz vor 14 Uhr Feuer aus, das schnell um sich griff. Die Feuerwehr holte sofort alle verfügbaren Hilfsmittel an die Brandstelle. Dichter Qualm umwogte den ganzen Bau. Die Feuerwehr ist eifrig bemüht, dem wildenden Element Einhalt zu gebieten. Viele Zuschauer sind Zeugen des tragischen Schauspiel. Um 15.30 Uhr wurde die Brandlage noch als bedrohlich und unübersichtlich bezeichnet. Die Stephanikirche liegt in der Bremer Altstadt. Ein letzter Zufall will es, daß die Katastrophe auf den 25. Jahrestag des Brandes der St. Nikolai-Kirche in Hamburg fällt.

Um 16 Uhr war das Gerüst völlig zerstört; es muß als vernichtet angesehen werden. Die Wehr bringt noch immer große Wassermengen nach oben. Das Mittelschiff droht einzustürzen. Der Brand im Turm ist noch nicht gelöscht. Auch weiß man nicht, welchen Umfang er angenommen hat. Die Feuerwehr rechnet mit dem Einsturz des Turmes.

Bremen, 3. Juli. Der Brand in der Stephanikirche war um 16 Uhr gelöscht. Der Dachstuhl ist völlig vernichtet, doch konnte der Turm gerettet werden. Das wertvolle Inventar der Kirche konnte rechtzeitig in Sicherheit gebracht werden. Auch die Orgel ist unbeschädigt. Das Kirchenschiff ist nur an einer Stelle beschädigt. Nur der untere Teil des Turmes ist durch Wasser stark beschädigt.

Ueber die Entstehungsurache des Brandes werden noch folgende Einzelheiten berichtet: Der Turm der Kirche ist angeblich von einem Baugerüst umgeben, das das Dach erneuert werden sollte. Man vermutet, daß eine Lötlampe dem Gerüst zu nahe kam und daselbst dadurch Feuer fana. Nach 14 Uhr erloschen die Feuerwehrr, der es anscheinend gelang, das Feuer zu löschen. Als die Wehr wieder abziehen wollte, kam ein neuer Alarm. Man stellte fest, daß der ganze Dachstuhl in Flammen stand. Von Anwohnern wurde bemerkt, daß ein brennender Holzstoß in den Dachstuhl fiel und so das Feuer verurteilte.

„Graf Zeppelin“ wieder daheim

Friedrichshafen, 3. Juli. Der „Graf Zeppelin“ kam heute früh von einer Nordlandfahrt zurück und landete nach dem Eintreffen der Hartmannsflucht gleich auf dem Westfland.

Der Start des „Graf Zeppelin“ zur Antarktisfahrt

Friedrichshafen, 2. Juli. Dr. Goerner teilte heute zur beabsichtigten Antarktisfahrt noch mit, daß der Aufstieg des Luftschiffes am 27. Juli erfolgen werde.

Brand in einer Barackenabteilung

Frankfurt a. M., 3. Juli. In dem Stadtteil Niederrad brach heute nachmittag in einer Barackenabteilung Feuer aus, das in den ganz aus Holz erbauten Baracken reiche Zerstörung fand und sich in rasender Geschwindigkeit ausbreitete. Trotz der bald herbeigerufenen Kräfte der Feuerwehr sind 16 Wohngebäude völlig ausgebrannt. 80 Personen, fast alle Wohnkammerunterkellungs-emphyänger, sind durch den Brand wohnungslos geworden und haben fast ihr ganzes Mobiliar verloren. Zwei kleine Kinder konnten im letzten Augenblick durch einen Bediensteten gerettet werden. Mehrere Personen erlitten Dünndarmstamfälle. Der Schaden ist beträchtlich und die Ursache noch nicht geklärt.

Bestrafung eines mißglückten Selbstmordes mit Totschlagsverurteilung

Berlin, 3. Juli. Das Schwurgericht III verurteilte den Schleifer Fritz Krüger, der wegen der Untreue seiner Frau Selbstmord durch Vergiftung verübte und seine drei Kinder mit in den Tod nehmen wollte, unter Zustimmung mildernder Umstände zu sechs Monaten Gefängnis.

Die Wasserwerkleitung Mittelbadens

Um die gefährdete Wasserversorgung Mittelbadens d. h. des Gebietes zwischen Pirna und Witten einschließlich der Großstadt Dresden sicherzustellen, soll eine kantonfähige Wasserwerkleitung Mittelbadens A.G. in Dresden mit einem Kapital von zunächst einer Million gegründet werden.

Das Kapuzinerkloster in Madrid in Brand gesteckt

Madrid, 3. Juli. Gestern kam es hier zu schweren Ausschreitungen. Nach Schluß einer Versammlung begab sich ein Demonstrationstrupp zum Kapuzinerkloster und steckte es in Brand. Das Feuer griff auf die neben dem Kloster liegende Kapelle über, die gleichfalls zerstört wurde. Die Polizei ging gegen die Demonstranten vor, wobei sechs Personen verletzt wurden, darunter eine sehr schwer.

Raubüberfall auf einen Kassenboten

Köln, 3. Juli. In der Nähe von Brüggen wurde gestern nachmittag ein dreifacher Raubüberfall auf einen Kassenboten verübt. Ein Bote der Grube Hubertus, der Lohngehälter zur Grube in Bielefeld bringen sollte, wurde kurz vor der Grube von zwei maskierten Männern überfallen und der Gelder in Höhe von 2500 M. beraubt. Ein Begleiter des Boten wurde von den Räubern mit einem Revolver in Schach gehalten.

Der Unter des Kolumbus in Paris

Aus Paris wird gemeldet: Die Regierung von Haiti hat der Internationalen Kolonialausstellung in Paris ihr Nationalheiligtum zur Verfügung gestellt: Der Unter des Entdeckers Amerikas Christoph Kolumbus. Der Unter stammt von der Karavelle „Santa Maria“, die in der Weihnachtsnacht des Jahres 1492 an der Nordküste von Haiti scheiterte. Mit den Trümmern seines Schiffes baute sich Kolumbus eine Bergkapelle am Land. Der Unter kehrt nun zum erstenmal seit fünf Jahrhunderten nach Europa zurück.

Freispruch im „Bier“-Prozeß

In dem bereits gemeldeten „bitteren“ Bierstreit, bei dem es um die Ehre des Bieres ging, hat das Amtsgericht Berlin-Mitte durch einen Freispruch des Beklagten, Sanitätsrat Dr. Kollmann, die Klage des Hamburger Ernährungsbologen Dr. Friedrich Wenzel v. Hahn, der sich durch die Kritik an seinem Vortrag über den Nährwert des Alkohols, besonders des Bieres, beleidigt fühlte, kostenpflichtig abgewiesen. Dr. v. Hahn hatte, wie wir berichteten, im Herbst auf der Internationalen Hygieneausstellung in Dresden einen Vortrag gehalten, in dem er in etwas eigenartiger Weise für den kräftigen Trunk eintrat und besonders den Frauen (!) ans Herz legte, ausgiebig sich dem Biergenuss hinzugeben. An diesem Vortrag hatte Sanitätsrat Dr. Kollmann als Herausgeber des Organs des Deutschen Ärztevereinsbundes sehr scharfe Kritik geübt. Das Amtsgericht sprach den Beklagten aber auf Grund des § 193 (Wahrnehmung berechtigter Interessen) frei. Eine Beleidigung hätte nur in der Unterstellung erblickt werden können, daß der Kläger gelag habe, Kinder mühten in den ersten Lebensmonaten Bier trinken. Das wäre so unflätig nach dem Stande der ärztlichen Wissenschaft und der Ueberzeugung des Gerichts gewesen, daß in dieser Unterstellung eine Beleidigung erblickt wer-

den müßte. Es stehe aber gar nicht genau fest, was der Kläger in seiner Rede ausgesprochen habe. Der Beklagte sei durch § 193 gedeckt, den er habe keine Informationen von einer als gewissenhaft anerkannten ärztlichen Korrespondenz erhalten und sei daher berechtigt gewesen, scharfe Kritik zu üben.

Aus Not vom Straßburger Münster herabgesprungen

Wir lesen in der Straßburger Freien Presse vom Donnerstag: Gestern gegen Mittag lief in der Stadt die Meldung über einen neuen Todesprung von der Münster-Plattform. Daß diese Meldung große Aufregung hervorrief, kann man sich denken. Den ganzen Tag über plärgelten Neugierige zum ehrwürdigen Dom, um wenigstens den Platz zu besichtigen, wo der Körper des auf so tragische Weise aus dem Leben Geschiedenen aufsteigte. Bald erfuhr man, daß es sich um einen älteren Mann handelte. Und zwar um den 65 Jahre alten Fremdenführer Louis Radies aus Söhrenhals gebürtig, aber enalischer Nationalität, der in einer Wirtschaft am Bahnhof logierte. Not scheint ihn in den Tod getrieben zu haben. Sein Fremdenführergeschäft hat seinen Mann nicht mehr ernährt. Um 10 Uhr vormittags war es, als der Körper vor dem auf dem Münsterplatz befindlichen Fotografenartefizielgeschäft und unmittelbar vor einem dort stationierten Auto auf das Trottoir aufsprang, ein hartes Geräusch verursachend. Der Körper war zerfemert. Radies hatte am Morgen sein Logis unter Begleitung der Rechnung, es war der Erste, verlassen, kein Mensch ahnte, daß Radies eine solch schreckliche Absicht in sich trug. Niemand merkte etwas an dem Todesanbahn. Man wußte nur, daß er über schlechte Geschäfte klagte. Dies ist nun, wie die N. F. feststellt, haben der 13. Juli seit 50 Jahren in der erschütternden Bilanz der Todesprüngnisse von der Münsterplattform. Seit dem Wankensfall sind drei dieser furchtbaren Vorfälle, darunter zwei innerhalb einer Zeitspanne von zwei Monaten, zu buchen.

Eine Malertragödie

Die Diebstahlsaffäre des bekannten Berliner Malers Franz Sedendorf und dessen Bruders Walter, gegen die die Staatsanwaltschaft Haftbefehl erlassen hat, erregt in Berlin großes Aufsehen. Franz Sedendorf wird vorgeworfen, mehrere von seinem Bruder Walter gezeichnete Kunstwerke verkauft zu haben. Im Laufe der Vernehmungen haben beide ein Geständnis abgelegt. Die Unteruchung der Kriminalpolizei ist jedoch noch nicht abgeschlossen, da noch eine ganze Reihe von Einbrüchen in den weltlichen Korrenten der Aufklärung bedürfen. Es besteht die Möglichkeit, daß Walter Sedendorf an diesen Diebstählen beteiligt ist. Die Vorgeschichte der Verhaftung geht auf den Anfang dieses Jahres zurück. Aus dem Geizen eines Mannier-Göhlenbeiter wurde Mitte Januar eine Plakette Georg Kolbes gestohlen. Diese Plakette erbeutete man durch Zufall einige Zeit später in der Wohnung eines Rechtsanwalts Dr. Krüger, der sie zum Preise von 2500 M. von Franz Sedendorf erworben hatte. Der Anwalt gab das gestohlene Kunstwerk sofort zurück und teilte der Kriminalpolizei mit, daß er von Franz Sedendorf einen Kambandi, einen Liebermann sowie eine Reihe lothariner Leinwand erworben habe, die, wie sich später herausstellte, sämtlich gestohlen worden waren. Es scheint, daß Franz Sedendorf unter dem verdränglichen Einfluß seines Bruders Walter gehandelt hat, der bereits häufig mit dem Straftäter in Konflikt gekommen ist. Sedendorf befand sich in letzter Zeit in sehr schwieriger wirtschaftlicher Lage. Dieser Notstand machte ihn für die verführerischen Pläne seines Bruders empfänglich und ließ ihn zu solchen willkürlichen Verfeugungen werden. In der Berliner Kunstwelt ist man unangenehm betroffen, daß Franz Sedendorf als eines der stärksten Talente der modernen Malerei gilt.

Zeitung und Geschichtsforschung

Wenn auch sehr widerwillig muß allmählich auch von wissenschaftlicher Seite die Bedeutung der Zeitung immer mehr anerkannt werden. Als neuerlicher Beweis dafür ist ein Aufsatz „Zeitungswissenschaft und Geschichte“ von Karl d'Etter anzusehen, den dieser in den Beiträgen zur Zeitungsforschung und Zeitungswissenschaft (Verlag G. Braun, Karlsruhe) veröffentlicht, welche dem um die Zeitungswissenschaft überaus verdienten Verleger Wilhelm Waldkirch als Festgabe zum 60. Geburtstag überreicht wurden. In seinem Aufsatz stellt Karl d'Etter fest: „Es gilt, die wichtige Quelle der Zeitung in Dienst der historischen Forschung in der rechten Weise auszunutzen. Wertvolle Dienste leisten dabei die Fests- und Jubiläumsummern mancher Blätter. Wir haben aus letzter Zeit mehrere hervorragende Arbeiten, die zeitungswissenschaftlich bearbeitet auf dem Historiker vieles bieten können. Sie stellen die Zeitung hinein in die Zeit und zeigen die zahlreichen Zusammenhänge zwischen ihr und der Umwelt auf. Sie werden so zu einer lebendigen Chronik einer gewissen Epoche, die noch in ihrer Anschaulichkeit durch ein reiches Bildwerk verstärkt wird. Allen denen, die sich für eine wissenschaftlich begründete, theoretische Befähigung mit dem Pressewesen einsetzen, gebührt der Dank auch der historischen Forschung.“

Handgemenge im Unterhaus

London, 4. Juli. (Sunndienst.) Der Abgeordnete der unabhängigen Arbeiterpartei, McGovern, wurde für die ganze Dauer der Parlamentssession von den Parlamentsverhandlungen ausgeschlossen. Der Abgeordnete verurteilte, trotzdem ihm der Sprecher des Unterhauses das Wort entzogen hatte, weiter zu reden. Auf Antrag MacDonalds wurde er daraufhin wegen Verstoßes gegen die Ordnung des Hauses mit Stimmenmehrheit auf die Dauer von 10 Tagen ausgeschlossen. Da er sich weigerte, den Saal zu verlassen, wurde er vom Parlamentsdiener mit Gewalt hinausgedrängt. Dabei kam es zu einem Handgemenge zwischen dem renitenten Abgeordneten und einem seiner Freunde gegen die Parlamentsdiener, so daß der Sprecher die Sitzung aufheben mußte. Der Abgeordnete wurde für die ganze Dauer der Parlamentssession ausgeschlossen.

Englisches Bodenfeuergegesetz angenommen

London, 4. Juli. (Sunndienst.) Das Unterhaus nahm am Freitag mit 62 Stimmen Mehrheit das Bodenfeuergegesetz an.

903 Millionen Defizit im amerikanischen Staatshaushalt

Washington, 3. Juli. Die Regierung schloß das Staatsjahr 1931 mit einem Defizit von 903 Millionen Dollars ab.

Der heutige Stadtschlaf liegt ein Vorschlag der Badischen Sanitätsrat (Sanerband) GmbH, Karlsruhe, vor, aus dem u. a. hervorgeht, daß durch systematische Sparen auch kleine Beträge recht bald ein Vermögen ergeben. Die Bank verfügt wie aus der Bilanz ersichtlich, bereits über rund 25 Millionen Einlagen von Privatpersonen. Dieser diesen Zahlen steht als unbedingte Sicherheit eine Garantiefirma (Garantiefirma) von rund 16 Millionen, welche rund 3,5 Millionen 99,99 einbezahlte Geschäftsanteile und rund 700 000 offene Aktien. Die Spartenkategorien bewegen sich zwischen 5,5 bis 7 Prozent, je nach Anlagensart. Die Bank, deren Hauptzweig sich in Karlsruhe, Lauterbergstraße 3 befindet, unterhält neben 21 in ganzen Land Baden verbreiteten Filialen, in Karlsruhe, Erdbrunnstraße 31 (Eingang Ludwigsplatz) noch eine Depotfiliale. 1889

verwendet **ESKA-ESSIG** die guten Qualitäten der **Essigfabrik Karlsruhe i. B.** Gesellschaft mit beschränkter Haftung Augartenstr. 75 / Tel. 312

Handball

In Karlsruhe auf dem F.R.-Platz kommen am Sonntag an- fänglich des Tages der Arbeit... wiederum Karlsruhe-Süd und Durlach zusammen, ein zweites Spiel von den ersten Mannschaften von Karlsruhe-Schulspport und Gröningen.

Fußball

Fußballvorjahr 3. Bezirk

Wenige Serienlose bringt der kommende Sonntag. In der Gruppe 1 findet nur eine Begegnung statt, Wülferdingen - Kleinleinsbach. In der 2. Gruppe finden sich Heiler - Eitenhausen und Langenleinsbach - Spielberg gegenüber.

Radsport

Überblick auf die Werbeveranstaltungen

Ende gut, alles gut, dürfen wir sagen, nachdem unsere Veranstaltungen mit den Vorbereitungen auf dem Wederplatz einen würdigen Abschluß fanden und auf den verschiedenen Plätzen mit wenig Ausnahmen gut besucht waren. Ausgehend von der Tatsache, daß der Besuch mit keinerlei Kosten verknüpft war, hätte er am einen oder anderen Abend etwas besser sein dürfen.

Kleine bad. Chronik

Bretten, 3. Juli. Großfeuer. Gestern vormittag brach auf dem Anwesen des Polizeidieners Möhner im benachbarten Ruit ein Feuer aus, dem in kurzer Zeit Scheuer, Stallung und Schopf zum Opfer fielen.

i. Sulzfeld, 3. Juli. Tödlicher Unfall. Der Sohn des hiesigen Stationsvorstehers, Georg Zutavern, verunglückte im Dienst auf der Strecke Würzburg-Stuttgart dadurch, daß er beim Schüren mit dem Feuerhaken - Zutavern war Heizer - einem vorbeifahrenden Schnellzug zu nahe kam, erfaßt und tödlich verletzt wurde.

Deßlingen (Amt Bruchsal), 3. Juli. Zwei hiesige Burichen im Alter von 20 und 21 Jahren überfielen vorgestern Abend auf dem Radhauweg einen verheirateten 48jährigen Einwohner und verletzten ihm eine Reihe von Messerstichen in Kopf und Oberkörper, so daß er schwer verletzt darniederliegt.

Heidelberg, 3. Juli. Wie die NZZ. erfährt, hat der im Wohnungsbauprojekt wegen Untreue und einfachen Betrugs zu drei Jahren drei Monate Gefängnis verurteilte frühere Geschäftsführer der Gesellschaft, Ludwig Müller, durch seinen Rechtsbeistand, Rechtsanwalt Dr. Pfeifferberger gegen das Urteil Berufung eingelegt.

Wertheim, 3. Juli. Tödlicher Jagdunfall. Unweit eines erlegten Rehbocks wurde der Sägewerksbesitzer Philipp Drogoff tot aufgefunden. Drogoff ist offenbar beim Verlassen des Anstalles gestürzt, wodurch sich der tödliche Schuß löste.

Wienheim (Kreis Mosbach), 3. Juli. Ein Rehbock greift an. Am letzten Montag gegen Abend ging der Jagdaufsicher des Herrn Johann Dörner vor vier Wochen Rehbock auf den Anstand. Als er außerhalb des Dorfes in Richtung Steinbach war, sprang aus dem Gebüsch ein Bock wie wahnsinnig auf den Jagdaufsicher los.

Mannheim, 3. Juli. Tödlicher Betriebsunfall. Gestern nachmittag war in einem Betrieb in Waldhof der 23 Jahre alte ledige Elektriker Ludwig Kommer, aus Lampertheim und dort wohnhaft, an einer Lauftransmission beschäftigt. Er soll unterlassen haben, den Führer des Krans auf seine Tätigkeit aufmerksam zu machen.

Karlsruhe, Amt Waldshut, 3. Juli. Vom Heuloch gestürzt. Gestern fiel der Diensthut, Karl Haberjod, der im Gasthaus „zum Hirschen“ angestellt ist, vom Heuloch auf die Treppe und mußte mit schweren inneren Verletzungen ins Krankenhaus Waldshut verbracht werden.

Konstanz, 3. Juli. Tödliche Bienenstiche. Eine 55jährige Frau, die in der Nähe der Bahnhalle in Kreuzlingen Ost auf dem Felde arbeitete, wurde von einem Schwarm Bienen angefallen. Nachdem die Frau auf der linken Seite vollständig gelähmt wurde, ist sie nach einigen Tagen an den Folgen der vielen Bienenstiche gestorben.

Konstanz, 3. Juli. Sie will den Mörder ihrer Schwester heiraten. Das Schwurgericht Konstanz hat den 27 Jahre alten Georg Kraus zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt, weil er die Landwirtin Johanna Leffer durch acht Messerstiche getötet hat. Als die ältere Schwester Pauline Leffer verurteilt wurde, kam es zu einer kleinen Senation. Sie vermeintete die Aussage mit der Begründung, daß sie mit Kraus verlobt sei und ihn später heiraten werde.

Aus dem Gerichtssaal

Ein revidiertes Urteil

Erhöhung der Strafe für einen angetrunkenen Kraftfahrer im. Die Strafkammer I des Landgerichts Karlsruhe (Vorsitzender Landgerichtspräsident Dr. Rudmann) als Berufungsinstanz verhandelte gestern den tödlichen Autounfall, der sich am Abend des 3. Januar in Daxlanden zutrug und den Tod des 35jährigen Kaufmanns Bruno Herbert König, genannt Rabio, König, aus Karlsruhe, zur Folge hatte.

Am 22. April verurteilte das Schöffengericht den Angeklagten wegen fahrlässiger Tötung im Sinne des § 222 des Reichsstrafgesetzbuches zu 300 Mark Geldstrafe; von der Anklage wegen Autounfalls wurde er freigesprochen. Gegen dieses ungenügend milde Urteil legte die Staatsanwaltschaft Berufung ein, ebenso die Verteidigung.

Staatsanwalt Gertz führte in seinem Plädoyer aus, die Staatsanwaltschaft habe ihre Berufung auf das Strafmaß beschränkt. Der Angeklagte habe sich einer groben Fahrlässigkeit schuldig gemacht, weil er sich in seiner Trunkenheit an das Steuer gesetzt habe. Das Urteil der ersten Instanz werde dem schweren Verschulden des Angeklagten nicht gerecht und habe berechtigte Kritik in der Öffentlichkeit hervorgerufen.

Rechtsanwalt Dornheim erachtet die Kritik der Öffentlichkeit als nicht maßgebend für die Urteilsfindung. Den Verunglückten treffe ein großes Maß des Selbstverschuldens. Der Antrag des Verteidigers lautete auf eine mäßige Geldstrafe anstelle einer verwirkten Gefängnisstrafe von 14 Tagen.

Die Strafkammer gelangt bezüglich der Schuldfrage zu der Auffassung, daß den Angeklagten eine schwere Fahrlässigkeit trifft. Auf Grund der Zeugenaussagen und des Gutachtens des Medizinalrats Dr. Schönig gelangte das Gericht zu der Überzeugung, daß der Angeklagte an jenem 3. Januar, als er die Fahrt nach Karlsruhe antrat, angetrunken war; der ärztliche Sachverständige hat bestätigt, daß er den Angeklagten zum mindesten für angetrunken hielt. Ein weiteres Merkmal des Trankens war die Tatsache, daß er die Fahrt nach Karlsruhe auf dem Radhauweg zurücklegte, was eine Fahrt von 30 Kilometer sei. Wahrscheinlich ist er wesentlich schneller als gewöhnlich gefahren. Schon den Radfahrer Hebel hat er leicht angefahren und es ist nur einem glücklichen Zufall zu verdanken, daß dieser nicht auch überfahren worden ist. Das Verschulden des Königs, das zu einem gewissen Grade vorliegt, vermag das Gericht aber nicht zu bestimmen, auf die überaus niedere Strafe, die das Schöffengericht ausgesprochen hat, auch heute wieder zu erkennen. Eine Ermäßigung der Strafe, wie vom Verteidiger beantragt, kam selbstverständlich nicht in Frage. Bei dem schweren Verschulden des Angeklagten - es ist der Tod eines Menschen eingetreten - war eine strenge Gefängnisstrafe nach Ansicht des Gerichts notwendig. Die Strafe soll nicht nur Sühne sein, sondern auch ihre abschreckende Wirkung haben. Wenn das Berufungsgericht nicht das Verschulden des Königs berücksichtigt hätte, wäre es zu einer wesentlich höheren Strafe gekommen. Aus diesen Gründen verwarf die Strafkammer die Berufung des Angeklagten gegen das Urteil des Schöffengerichts und änderte auf die Berufung der Staatsanwaltschaft das erstinstanzliche Urteil dahin ab, daß gegen den Angeklagten eine Gefängnisstrafe von vier Monaten ausgesprochen wird. Der Angeklagte hat auch die Kosten der Berufung zu tragen. Die drei Wadenuntersuchungssachen, die der Angeklagte erlit, auf die Strafe anzurechnen, lag für das Gericht keine Veranlassung vor.

Vorfragen schützen vor Sorgen!

Die Grundlage aller Arbeitsleistung ist die, dem Menschen innewohnende Arbeitskraft, sowohl physischer als auch psychischer Art. Da nun gleichzeitig die Arbeitsleistung des Menschen aber auch seine Existenzgrundlage ist, muß ihm viel an der Erhaltung seiner Arbeitskraft gelegen sein. Der vorzügliche Arbeiter wird also durch fortwährende Betätigung und stetige Weiterbildung seine Kräfte zu erhalten suchen, aber er wird auch nach und nach eine gewisse Ermüdung eintritt, und das ist bei Erreichung eines bestimmten Alters, oder aber bei unerwartet frühem Tode der Fall. Für diese Situationen vorzuziehen, bietet die von den Spitzenorganisationen der Arbeiterbewegung geschaffene Volksfürsorge die günstigste Gelegenheit, weshalb immer wieder jeder Volksgenosse, ob Hand- oder Kopfarbeiter, dringend ermahnt werden muß, von dieser lebensreichen Einrichtung zum eigenen Wohle und zum Wohle seiner Familie Gebrauch zu machen. Durch die günstigen Versicherungsbedingungen und die schnelle Sterbefall-Regulierung ist dieses Unternehmen der Arbeiterkraft zum größten Volksversicherungsunternehmen in Deutschland geworden. Rund 2 1/2 Millionen Volksgenossen legen heute ihre am Munde abgeparten Großchen bei der Volksfürsorge an, weil sie auf Grund der Leistungen dieses Unternehmens erkannt haben, daß die Volksfürsorge ein vorteilhaftes und sicheres Geldanlageinstitut ist.

Beider gibt es aber auch noch Arbeitende, die sich in dem falschen Glauben befinden, daß der Bezug einer sogenannten Versicherungsbeiträge einen genügenden Versicherungsschutz garantiere, bis sie eines Tages durch die Praxis eines anderen bedienten Großchen als „Lebgebild“ hinausgeworfen haben. Es kann deshalb nicht oft genug vor dem Abonnement solcher Versicherungsscheite gewarnt werden.

Jeder Volksgenosse, der es ehrlich mit dem Wohle seiner Mitmenschen meint, muß bestrebt sein, für Aufklärung über die Minderwertigkeit der Abonnementversicherung in den weitesten Kreisen zu sorgen. Wer für seine Prämie, die er einzahlt, die beste Gegenleistung haben will, muß sich bei dem Eigenunternehmen der Arbeitenden, der Volksfürsorge, versichern und für deren weitere Entwicklung bemüht sein.

Geschäftsführer Georg Schäpflin, Verantwortlich: Wolff, Freilicht Baden, Volkswirtschaft, Aus aller Welt, Letzte Nachrichten, ferner i. V. Gewerkschaftliches, Feuilleton und Aus der Partei: E. Grünbaum; Groß-Karlsruhe, Gemeindepollitz, Soziale Hundschau, Sport und Spiel, Sozialistisches Jungvolk, Heimat und Wandern, Briefkasten, ferner i. V. Soziale, hiesige, Chronik, Aus Mittelbaden, Durlach, Gerichtszeitung, Josef Stieck, Verantwortlich für den Anzeigenteil: E. H. H. Krüger. Sammlende wohnhaft in Karlsruhe in Baden Durlach und Verlag: Verlagsdruckerei Volksfreund G.m.b.H. Karlsruhe.

Aus der Stadt Durlach

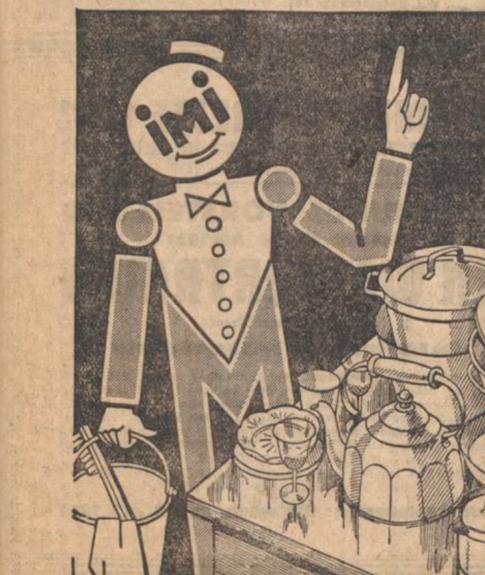
Parteiengenossen und Parteigenossen, Arbeiterportier und Gewerkschafter!

Wir machen nochmals auf den „Tag der Arbeit“ in Karlsruhe aufmerksam. Großer Festzug mit künstlerisch ausgestatteten Wagen. Festspiel: Befreiung der Arbeit. Sportliche Vorführungen auf dem Platz der Freien Turner, Dinkensheimer Allee, Plakette zu 20 Pf. berechtigt zur Teilnahme an sämtlichen Veranstaltungen. Plaketten: nur für Erwerbslose sind bis Sonntag 12 Uhr bei Gen. E. Sauer, Schulstraße 7 und B. Paffel, Auer Straße 29, zu haben.

Abmarch der Durlacher Genossen mittags 12 Uhr am Turngymnastienplatz. Sene, die mit der Elektrischen fahren, schließen sich am Durlacher Tor an. Alles beteiligt sich am Festzuge. Er muß eine wichtige Kundgebung für die Arbeiterkraft werden.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Sterbefälle und Beerdigungszeiten. 2. Juli: Luise Lehmann, geb. Hoffas, Ehefrau von Andreas Lehmann Schneidermeister, 49 Jahre alt, Beerdigung am 4. Juli, 14.30 Uhr. - Anna Krapp, geb. Karo, Wwe. von Josef Krapp, Arbeiter, 72 Jahre alt, Beerdigung in Mühlburg. - Cecilia Scholler, geb. Kestl, Ehefrau von Wilh. Scholler, Eisen-Schmied a. D., 79 Jahre alt, Beerdigung am 4. Juli, 14 Uhr. - 3. Juli: Anna Grab, geb. Geisenböcker, Ehefrau von August Grab, Privatmann, 69 Jahre alt, Feuerbestattung am 6. Juli 11.30 Uhr. - Alfred Ruppert, Lokführer a. D., Chemann, 55 Jahre alt, Beerdigung am 6. Juli, 14.30 Uhr. - Elisabeth Köfler, geb. Feger, Ehefrau von Ernst Köfler, Minist.-Rech.-Rat, 33 Jahre alt, Beerdigung in Rastatt.



Was nimmst du fliegen sind die allen Reinigungsprozesse! (Large stylized text for the cleaning product advertisement)

der neuzeitliche Helfer, ist da! Für gibts kein Hindernis. Je dicker die Fettkrusten in Pfannen und Töpfen, in Flaschen und Dosen, um so mehr ist (M) am Platze. Nichts widersteht seiner außerordentlichen Reinigungskraft! Spülbecken, Badewannen, Putzbecken, Bohnertücher, Mops, Fensterscheiben, Böden, kurz, alles was im Haushalt frisch und sauber sein soll, ruft geradezu nach (M), um schöner und reiner zu werden als je zuvor! Die begeisterten (M)-Verbraucherinnen zählen nach Millionen! Auch Sie dürfen da nicht fehlen. Auch Sie müssen den gewaltigen Fortschritt der mühe- und sorgenlosen Haushaltsreinigung kennen lernen, den (M) bringt. Verwenden Sie zum Geschirrabwaschen, Spülen und Reinigen 1 Eßlöffel (M) auf 10 Liter = 1 Eimer heißes Wasser. (M) Henkel's Aufwasch-, Spül- und Reinigungsmittel für Haus- und Küchengerät. Hergestellt in den Persilwerken.





Groß-Karlsruhe



Geschichtskalender

4. Juli 1931.
1776 Nordamerika unabhängig. — 1848 Französischer Schriftsteller und Staatsmann Chateaubriand. — 1872 Ausstellung der Schönen Künste in Karlsruhe. — 1888 Dichter Theodor Storm. — 1905 Französischer Geograph Émile Reclus. — 1910 Italienischer Astrologe G. V. Schiaparelli. — 1920 Maler und Bildhauer M. Klinger.
5. Juli 1931.
1852 *Klara Zetkin. — 1854 Französischer Schriftsteller E. Souvestre. — 1905 Bülow verleiht Zaurer in Berlin zu reden. — 1908 *Norwegischer Dichter Jonas Lie. — 1919 Gründung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. — 1929 Wahlen in Finnland.

Neue Straßen auf dem Gottesauer Exerzierplatz

Bekanntlich bebaut der Mieter- und Bauverein den Gottesauer Exerzierplatz. Hierzu sind weitere Straßen mit Kanälen und Versorgungsleitungen erforderlich und zwar kommt die Funkestraße und die Handstraße Ost-West in Frage. Der Gesamtaufwand beträgt 77 400 M.

Der Aufwand für Straßen und Kanäle im ungefähren Betrag von 51 700 M ist aus einem vom Mieter- und Bauverein e. G. m. b. H. zu gewährenden unverzinslichen und langfristigen Darlehen zu befreien. Der Aufwand der Versorgungsleitungen ist, soweit er auf die jetzt fertigzustellenden Bauten entfällt (rund 15 800 M) aus allgemeinen Anlehensmitteln, im übrigen aus einem vom Mieter- und Bauverein e. G. m. b. H. zu gewährenden unverzinslichen und langfristigen Darlehen zu befreien.

Die für den Straßen- und Kanalbau im geschätzten Betrag von 51 700 M aufzunehmenden Anlehensmittel sind zunächst aus Anliegerbeiträgen, im übrigen innerhalb 10 Jahren zu tilgen. Der für die Versorgungsleitungen aufzunehmende Betrag von schätzungsweise 25 700 M ist in 10 gleichen Jahresraten, beginnend mit dem Jahr 1932, aus der Wirtschaft zu tilgen.

Mit Gemeindebeschluss vom 21. Oktober 1930 hat der Bürgerausschuss für Straßenbauten auf dem ehemaligen Exerzierplatz den Betrag von 80 700 M bewilligt; es handelte sich hierbei um verschiedene kleine Straßen- und Kanalstücke und als Wichtigstes um die in die Mitte des gegenwärtig dort erstehenden Baublocks hineinführende August-Schwall-Straße.

In sich war das nicht die Absicht des Stadtrats, dem Bürgerausschuss im Laufe dieses Jahres den Ausbau neuer Straßen vorzuschlagen. Es kann dies aber im vorliegenden Falle geschehen, weil sich der Unternehmer der Neubauten, der Mieter- und Bauverein e. G. m. b. H., bereit erklärt hat, die Straßen- und Kanalkosten, soweit sie nicht ohnehin schon durch Anliegerbeiträge gedeckt sind, der Stadt zinslos vorzutragen. Das Darlehen ist dem Mieter- und Bauverein e. G. m. b. H. nach Maßgabe der weiter eingehenden Anliegerbeiträge, spätestens jedoch in 10 Jahren zurückzahlen. Die Kosten der Versorgungsleitungen soll die Stadt in dem Verhältnis übernehmen, als sie bereits durch fertige Neubauten genutzt werden. Im übrigen sind sie in gleicher Weise wie die Straßen- und Kanalkosten durch den Mieter- und Bauverein e. G. m. b. H. zinslos vorzutragen und von der Stadt mit weiter fortschreitendem Ausbau, spätestens innerhalb 10 Jahren zurückzuführen.

Straßen- und Kanalbau werden demnach die Stadt nicht belasten, da der Aufwand vorläufig vom Mieter- und Bauverein e. G. m. b. H. (zinslos!) getragen und endgültig in vollem Umfang aus Anliegerbeiträgen bestritten wird. Die Kosten der Versorgungsleitungen lasten auf der Stadt nur insoweit, als die Leitungen durch die schon erstellten Häuser genutzt werden.

Die Frau samt Kinder ausgesperrt

Gestern abend gegen 7 Uhr entstand in einem Hause der Fasanenstraße dadurch ein Menschenauflauf, daß ein dort wohnender Kreis-Invalide seine Frau samt 6 Kindern ausgesperrt und nicht mehr ins Haus hereinließ. Die Frau und die Kinder im Alter von 4 bis 12 Jahren standen weinend vor der verschlossenen Haustüre, weil sie nicht hineinkamen. Ein Schutzmann wurde herbeigerufen, der ohne Erfolg mit dem gemühten aus einem Fenster im zweiten Stock herausstehenden Manne verhandelte. Auf die Aufforderung, die Haustüre zu öffnen und Frau und Kinder hereinzulassen, gab er zur Antwort: „Mir kann es 80 Mark von meiner Rente abgezogen, der Bräutigam soll sie verheiraten.“ Da im Moment keine Möglichkeit vorlag, die peinliche Anwesenheit auf diese Art aus der Welt zu schaffen, wurde der Mann sich aber konsequent weigerte, die Haustüre zu öffnen, mußte der Notruf in Funktion treten. Der Führer desselben verhandelte ohne Erfolg mit dem Mann. Er wiederholte seinen Standpunkt, daß ihm von der Rente 80 Mark abgezogen worden seien und „Bräutigam die Frau samt den Kindern verheiraten solle.“ man solle sie ihm mit dem Auto gleich zufahren. Es blieb der Polizei nichts übrig, als mit einer Leiter in den zweiten Stock einzusteigen (die Türen des ersten Stockes waren geschlossen) und die Haustüre zu öffnen. Zwecks Aufnahme eines Protokolls wurde der liebevolle Vater mit auf die Polizeiwache genommen.

Ein blinder Berliner Berichterstatter des Karlsruher Tagblatts

Das Karlsruher Tagblatt läßt sich anlässlich der Studentenausreise in Berlin von einem Herrn Markwart Markler (!!!!) einen Berliner Brief schreiben, der sich in der beim Karlsruher Tagblatt üblichen Mentalität mit den Vorurteilen um die Berliner Universität befaßt, dabei jedoch das Wichtigste übersteht, nämlich die Tatsache, daß es die Nationalsozialisten sind, welche nicht nur in Berlin, sondern auch an anderen deutschen und österreichischen Universitäten die Unruhen verursachen. Wir haben keine Ursache, die Kommunisten in Schutz zu nehmen. Daß jedoch das Karlsruher Tagblatt die Schuld am skandalösen Treiben auf den Unruhestiftern einzeln und allein bei den Kommunisten legen will, dabei jedoch die nationalsozialistischen Studenten, welche die Radikalanfaren blasen, übersteht, verleiht die Einstellung des Karlsruher Tagblatts wieder einmal Charakteristisches, selbst wenn es sich als Ausrede nehmen sollte, daß es einen blinden Berichterstatter in Berlin sitzen hat.

Tag der Arbeit

Das Sprechwort „Die Befreiung der Arbeit“
Von Hermann Stens

Wie schon bei früheren Anlässen hat auch zum „Tag der Arbeit“ unser Genosse Regierungsrat Hermann Stens ein poetisches Festspielwerk geschaffen, das den Mittelpunkt der Veranstaltungen auf dem Platz der Freien Turnerschaft bilden wird. Da es sich um die Uraufführung des Werkes handelt, scheinen einige Worte der Einführung angebracht, obwohl sich der Autor einer so vollständigen Schreibweise befleißigt, daß dem Verständnis sich kaum irgendwelche Schwierigkeiten entgegenstellen. Doch für den Fall, daß entferntstehende Zuschauer aus akustischen und räumlichen Gründen dem Zusammenhang der Vorgänge nicht so folgen könnten, wie es wünschenswert wäre, wollen wir den Gedanken- und Tendenzgehalt des Ganzen in kurzen Strichen klären.

Das Werk gliedert sich in drei Abschnitte, von denen der erste, der die Uberschrift „No!“ trägt, schwere Aufgaben erhebt gegen die Reichen, die noch immer die ehernen Fesseln um das arbeitende Proletariat schlingen. Einzelne Vertreter der Arbeiterschaft treten vor und formulieren ihre Gedanken und Gefühlsausbrüche. Wir hören wuchtige Absagen an den menschenverachtenden Militarismus, wir vernehmen die empörten Worte der Frauen, die nicht mehr leidend Gebärmaschinen sein wollen, wir hören die Jugend über ihre Verdüsterung klagen. Der Schrei der Entrüstung über das menschenunwürdige Los der Arbeitenden erhebt sich in kraftvoll geformte Verse gepreßt.

Wenn wir rütteln am Joch,
Wenn wir klagen um wehren
Wenn wir den Himmel zum Zeugen rufen,
Daß Weib und Kind im Elend sich krümmen,
Wenn wir bitten und flehen um Anteil am Leben,
Mit tränenden Augen Erbarmung begehren,
Blutend an unlernten Ketten rühren,
Wenn wir sage von Rechten sprechen,
Söhne! Sie noch unsere Not!

Da tritt mit Beginn des zweiten Teils — „Verkündigung“ — der Rinder — wir würden in Prosa sagen: Kuffärer — vor die Spieler und stellt ihnen ihr Schicksal eindringlich vor Augen. Das gefühlsmäßige Empfundene macht er ihrem Verstand bewußt, nämlich, daß sie nur dumme Masse waren und „verrauben Mensch zu sein.“

„In euch ruht die Macht und ihr wisst es nicht,
Ihr fleht, ihr nicht bitten braucht.“

Seine Mahnungen fallen wie Tropfen geschmolzenen Bleies in die Seelen der ringenden Armen. Zur Bewußtmachung tritt als zweites Erfordernis für den Erfolg im Kampf um den sozialen Aufstieg die Mahnung zur Einheit und zur Führung des Kampfes mit den Waffen des Geistes. Den Gedanken, daß die Wesen stärker ist als die Muskelkraft, das Bewusstsein zum Kampf im Bewein und die Abgabe an den Weisheit dort man dem Verfall hoch anrechnen; er hebt diesen Teil auf eine hohe ethische Stufe. Mit dem Gesangs „Macht auf, Verdammte dieser Erde“ findet dieser zweite Teil einen fulminanten Abschluß.

Der dritte Teil — „Erlösung“ — zeichnet sich ganz besonders durch gehobene Stimmung und prächtigen Schwung der Diktion aus. Das Proletariat ist aus seinem dumpfen Dabindämmern erwacht, hat sich den Schlaf aus den Augen gerieben. Blickhell ist ihm nun seine Lage und seine Aufgabe. Männer und Frauen drängen sich in schöner Einmütigkeit in die Kampffront. Auch die Arbeiterjugend will ihren Mann stellen, sie tritt an die Seite der Erwachsenen.

Wir treten mit euch in Reih und Glied,
Auch wir sind mit der Zukunft Schmiege.

Der symbolhafte Mann mit dem Hammer kündigt in markigen Schlussworten den Sozialismus als Kulturtitel der Menschheit.

Uns treibt nicht Raffgier,
Wir wollen in Freude
Mit reinen Händen
Das eigene Schicksal
Zum besten uns wenden.“

In dem scharf herausgearbeiteten Finale, das noch einmal die Mahnung zur Einheit und zum Massenschrei der Internationalen kommt das Werk zu Ende.

Schon nach der Lektüre des Manuskripts darf man sich eine starke Wirkung versprechen, zumal da die Aufführungsleistung in den erprobten Händen des Schauspielers Heinrich Kühne liegt. Dem Autor ist mit dieser Arbeit wieder ein Wurf gelungen, für den man ihm Dank und Anerkennung sollen darf.

Die Marschrichtung des Festzuges

Aufführung: Streifenmarkt (Festhalle), dann Ettlinger, Schützen, Wilhelmstraße, Werderplatz, Werder, Rappurter, Kronens, Kartantenstraße, Rondellplatz, Karl-Friedrichstraße, Markt, Platz zur Kaiserstraße, Kaiserstraße, Kaiserallee rechte Seite bis Poststraße, dann linke Seite Kaiserallee bis Westendstraße, dann Westendstraße, Parkring am Festplatz (Platz der Freien Turner).

Auch die Samariter beteiligen sich am Festzug. Die ganze Kolonne tritt zum Dienst an, ebenfalls die Nachbarkolonnen. Treffpunkt für sämtliche in Uniform erscheinenden Genossen und Genossinnen um 1 Uhr beim Konzerthaus. Dort Einteilung zum Festzug.

(.) Holländische Baufachleute besuchten den Dammertod. Man schreibt uns: Wiederholt haben sich Fachleute des In- und Auslandes für die Bauverluste interessiert, wie sie nach dem neuesten System des Zeilen- und Flachwohnbaus in der Karlsruher Dammertodbebauung einbezüglich verwirklicht worden sind. Zu Beginn dieser Woche trafen abermals 14 Besucher aus Holland als Vertreter des öffentlichen und gewerkschaftlichen Bauwesens der Stadt Rotterdam hier ein, um Einblick in die Wohnkultur der Dammertodbauern zu gewinnen. Das Urteil der holländischen Fachleute entfiel sich in überwiegend lobender Richtung über das Resultat, mit dem sich hier in 23 verschiedenen Gebrauchsmöglichkeiten das Ideal einer fortgeschrittenen Volkswohnbevölkerung verfocht. Dieses Lob für den Dammertod ist umso erhellender zu bewerten, als die von lehrer muferrgig in Baumeisen orientierten Holländer nicht so leicht ihre volle Zustimmung äußern und in früheren Jahren überhaupt nicht nötig hatten, sich zu Studienreisen auf Reisen zu begeben. Die Gäste beschäftigten außerdem die Garten- und nach einer Rundfahrt quer durch Karlsruhe das moderne Rheinstrandbad Rappertswald, dessen Einrichtungen ebenfalls ihren fachmännischen Beifall fanden.

Der Generaldirektor bei den Studenten

In der Ausgabe vom vergangenen Dienstag behandelten wir in einem Artikel die volkswirtschaftlichen Schwächen, die der Herr Generaldirektor Dr. Köppler vor der Studentenschaft der Technischen Hochschule Karlsruhe zum besten gegeben hat. Unser Artikel scheint nun dem Ausschuss der Karlsruher Studenten in keiner Weise gefallen zu haben, denn er schreibt uns:

In der gestrigen Ausgabe des „Volkstreu“ war ein Artikel über den Vortrag des Herrn Generaldirektor Köppler, gehalten am 25. Juni 1931 vor der hiesigen Studentenschaft.

Da sämtliche Nachrichten über interne Veranstaltungen der Studentenschaft nur über das Presseamt in die Öffentlichkeit weitergeleitet werden dürfen, bitten wir Sie, uns mitteilen zu wollen, von welcher Seite Ihnen die Unterlagen zu diesem Artikel geliefert wurden.

Sodachstumsoo!
Der Ausschuss der Karlsruher Studentenschaft
(Unterschrift unleserlich.)

Wir haben Verständnis dafür, daß es den Ausschuss der Karlsruher Studenten interessiert, zu erfahren, wer uns die Unterlagen geliefert beziehentlich den Artikel geschrieben hat. Wir sind aber nicht in der Lage, die Neugierde der Herren zu befriedigen. Die Hauptsache ist, daß in dem Artikel wahrheitsgemäß der sogenannte Vortrag des Herrn Dr. Köppler behandelt wird. Das Presseamt der Herren Studenten geht uns nichts an, und wir veröffentlichen das in der Zeitung, was wir für richtig und notwendig halten, ob es nun dem in seiner Mehrheit aus Nazis bestehenden Studentenausschuss gefällt oder nicht.

Karlsruhe am Rhein und Schwarzwald

Die ehemalige „Reichs-“ und heutige Landeshaupstadt im Freistaat Baden, die Stadt der Kongresse, Tagungen, Ausstellungen, Messenveranstaltungen und des Fremdenverkehrs, der den Rhein hinauf zum Schwarzwald strebt — Karlsruhe hat sich in den Nachkriegsjahren zu einem neuwiedergebunden und wichtigen Mittelpunkt des Wirtschafts- und Verkehrslebens in den süddeutschen Grenzlanden entwickelt. Neben den bemerkenswerten baulichen und historischen Merkmalen der Stadt tritt heute ihr neuzeitliches Gesicht vornehmlich in Erscheinung. Zu dem Rheinbafens im Westen Karlsruhs hat sich der Flugplatz mit zahlreichen Anflügen an das internationale Luftverkehrsnetz angeschlossen; an der Westseite erstrecken sich moderne Wohnanlagen (u. a. die Dammertodbebauung), und mit dem neuzeitlichen Straßenbau haben sich die Verkehrsbedingungen in der Stadt erheblich verbessert. Die Verkehrsverbindungen sind durch den Ausbau der Eisenbahnlinien und der Fernverkehrsstraßen, die den Rhein hinauf zum Schwarzwald führen, in hervorragender Weise gefördert worden.

Am 5. Juli vereinigt Karlsruhe in seinen Mauern eine Reihe bedeutender Veranstaltungen. Im Vordergrund steht das große Treffen der Arbeiterpartei am „Tag der Arbeit“ mit einer Kundgebung des Stadtausschusses für Arbeiterport und



Jugendpflege anlässlich des Reichsarbeiterporttages; gleichzeitig wird von Turn- und Sportvereinen ein Wettschaffelauß „Karlsruhe-Rappenwört“, unter dem Protektorat der Deutschen Sportbehörde und der Deutschen Turnerschaft, durchgeführt; im Mittelpunkt des Rheinbafens findet die XII. Kreismeisters-Kanuregatta des Oberrhein-Wartkreises in der Deutschen Kanuverband statt; und im Hochschulfest werden die Kreis-Frauenfestspiele ausgerollt. All die unabhangigen Teilnehmer und Gaste, die Karlsruhe anlasslich dieser sportlichen Ereignisse willkommen heißen darf, werden ein paar Minuten auch an den Genuß der Sohnheit und Gebirgs- wurdigkeit der Landeshaupstadt lobend verweilen. Ob drinnen im herrlichen Stadtgarten und 300 oder draußen am Rhein, wo das Babeln und Ausfluge mit den Rhein- dampfen den Fremden verlocken, iberall hat Karlsruhe etwas besonders zu bieten. Dem gewissenhaften Besucher der Stadt seien als hauptwachstliche Lebenswurdigkeiten Karlsruhs weiter noch empfohlen: Markt- und Rathaus, Stadtkirche und Promenade (klassische Platzarchitektur); Burgeraal im Rathaus mit originellen funfziger Jahren Wandmalereien; Badisches Landesmuseum und Deutsches Schaffelmuseum im ehemaligen Schloß, Schloßpark, Botanischer Garten; Badische Kunsthalle und Hans-Thoma-Museum; Sportstation der Technischen Hochschule; Rundblick vom Lauterberg im Stadigarten auf die gesamte Umgebung Karlsruhs zwischen Rhein- und Schwarzwald.

Veranstaltungen

Sonntagskonzerte im Stadigarten. Am Sonntag dem 5. Juli ds. Jhs. finden im Stadigarten drei Konzerte statt. Von 11-12.15 Uhr konzertiert die Besuche. Sulterfabelle unter Leitung von Herrn Hauptlehrer Greulich. Da die Darbietungen der Sulterfabelle beim musikalischen Publikum stets beliebt sind, so wird auch an diesem Sonntag im Stadigarten eine zahlreiche Zuhorerzahl sich an dem Welt der Besuche ereignen. Beim Nachmittagskonzert von 16-18.30 Uhr und beim Abendkonzert von 20-22.30 Uhr konzertiert das Band der Sulterfabelle unter Leitung von Herrn Musikdirektor Emil Krauss. Sie fur diese beiden Darbietungen vorgesehenen Konzertprogramme bringen eine Reihe sulterfabelle in abwechslungsreicher Folge, weshalb auch der Besuch dieser beiden Konzerte bestens empfohlen werden kann.

Jakob Finkelstein G. m. b. H. Kohlen, Koks, Brikkett, Holz Kaiserstr. 231 (Ecke Hirschstr.)
= Fernsprecher Nr. 6275 =



Preis

TAG DER ARBEIT

am 5. Juli 1931

Hermann Stenz, Vorsitzender der Z. K. Badens:

Tag der Arbeit

Ein Fest? Nein und ja! Nein deshalb, weil Zweck und Art der Veranstaltung dieses Tages nicht ein Fest im bürgerlichen Sinne des Wortes sind, also ein Fest um sich zu vergnügen, sich in flacher Art Freudenmomente zu bereiten. Ja aber deshalb, weil in dieser Feier edles Wollen und festliche Stimmung im Sinne eines großen Gedankens liegt, liegen muß, damit wir in edelster und bester Form sozialistischen Strebens und sozialistischer Zielgedanken zu bestehen vermögen.

Wohl liegt jedem Fest, sei es wie es wolle, ein Freudenmoment zugrunde. Doch kommt es darauf an, von welchen Gedanken ein solches Fest bestimmt ist und wie man es gestaltet. Der Tag der Arbeit trägt den Gedanken des Sozialismus in sich, den Gedanken der Gleichheit alles dessen was Menschenantlitz trägt und ehrlichen Willens ist, ohne Ausbeutung des Nebenmenschen sich gegenseitig gelten zu lassen, der Freiheit aller im Staate. Nicht zügellose Freiheit, sondern jenes Freisein, das seine Grenzen in freiwilliger und kluger Unterordnung unter große Ideen findet. Der Tag der Arbeit birgt auch den Gedanken der Brüderlichkeit in sich, den Gedanken des Einstehens eines Menschen für den anderen im besten Willen sich gegenseitig zu helfen, im anderen Menschen und im anderen Volke nicht das Tier zu sehen, das man abschachtet, wenn man mit ihm unzufrieden ist. Kulturbetonter Wille das Ganze und ehrliches Streben, diesem Willen einen Ausdruck zu verleihen, der betont sozialistisches Kollektivgeschehen ist und im Gegensatz zum bürgerlichen Individualgeschehen steht. Wir lächeln über den Vorwurf, den man uns von bürgerlicher Seite macht, indem man dort die Behauptung aufstellt, die von uns gewollte Kollektivkultur verhindere die Entfaltung und den geistigen Hochstiege des Einzelnen. Nichts ist falscher als diese bürgerliche Meinung. Das Kollektivgeschehen im Sozialismus läßt im Gegenteil die Möglichkeit der geistigen Entfaltung des Einzelnen offen und der Sozialismus fördert solche Entfaltung, wo er nur kann. Der Sozialismus fordert aber, daß alle Errungenschaften des Einzelnen, auch höchste Geistigkeit, in ihren Endzielen sich in den Dienst des Volksganzen zu stellen habe und nicht nur einer kleinen bevorzugten Schicht dienen dürfe.

Wohlgemerkt, im Endziel. Der Weltkrieg ist in seinen Folgen so gewaltig gewesen, daß wir in ihm die Grenzscheide zweier Kulturen zu verspüren vermögen. Wenn vor dem Krieg, ab der großen französischen Revolution, die ja eine rein bürgerliche gewesen ist, eine Kultur des Bürgertums zu sehen war, eine Kultur, die der Zeit von dort ab ihren Stempel aufdrückte, die in den letzten dreißig Jahren vor dem großen Kriege verschwommen gewesen ist, die ihre Farbe verloren hatte, eine bürgerliche Kultur, deren Formen zerlaufen waren, so zeigt sich nach dem Kriege eine rückläufige Strömung, die in das Kulturgeschehen der Arbeiterschaft hineinbrandet. Wer

Gambrinushalle

Am Ludwigsplatz / Telephon 1920
Vereinslokal der Freien Turnerschaft Karlsruhe / Verkehrslokal der Arbeiter-Sportler

empfiehlt seine Lokalitäten
(Saal für 120-150 Personen)

Eigene Schlachtung, Hausmacher Wurstwaren, guter Mittagstisch Reelle Weine / ff. Moninger Biere

Inhaber: Franz Sitt

Coupeköffer



Leder-Koffer
Bade-Koffer
Damen-Taschen
Akten-mappen
Rucksäcke
Sportgürtel

Gleichwitzer Lämmle Kronenstr. 51



Schmerzen die Füße dann gehen Sie ins Supinatorium

Fuß-Spiegeluntersuchung durch Supinator-Spezialisten kostenlos

Thalysia-Alleinvertikal

Reformhaus „Alpina“

O. Hanisch Inh. Geschw. Krey - Kaiserstraße 32 Haltestelle Kronenstr. - Telephon 876

Sportkleidung Berufskleidung

nur direkt vom Hersteller

Rich. Pahr

Kronenstr. 49

KLISCHEES

Entwürfe / Zeichnungen
Retuschen / Auto- und Strich-
ätzungen / Holzschnitte
Galvanos / Matern / Stereos

Klischee-Anstalt ADOLF SCHUTZLE

KARLSRUHE
Brauerstr. 19, Telephon 3664



Bade-Koffer
Hand-Koffer
Leder-Koffer
Akten-Mappen
Damen-Taschen

preiswert und gut nur beim Fachmann

G. DISCHINGER

Kaiserstraße 105

Programm siehe auf nächster Seite

die Dinge aufmerksam verfolgt, der sieht den manchmal etwas unklaren Willen, aber doch den Willen und das in vielen Teilen stark betonte Streben der Arbeiterschaft zu eigener Kultur, deren Urgrund der Sozialismus ist. Anfänge erst zwar zu eigenem Ausdruck, denn der Sozialismus ist jung, ist ein Geschehen, das sich nicht in einer einzigen geraden Linie steil aufwärts bewegt, sondern wie alles historische Geschehen in Wellenlinien, aber in immer höheren Wogen, aufwärts und vorwärts führt, Wille, Weg und eigene Tat doch bedeutet. Im Gegensatz zum betonten Individualismus, der eine bürgerliche Erscheinung ist, stellt also das Kollektivgeschehen im Sozialismus alle solchermaßen errungenen Kräfte wiederum in den Dienst der Arbeiterklasse selbst, als Kollektivkraft zur Erringung eines hohen Zieles.

Immer mehr verschlingt die im Gegensatz zum Sozialismus stehende zweite größte Erscheinung unserer Zeit, der konzentrierte Kapitalismus, ganze Schichten des Bürgertums, zerstört sie und drückt sie, trotz allen Sträubens, in Abhängigkeit von sich, verproletariert sie. Ein Unglück für jene kleinbürgerlichen Schichten, umso mehr, als sie trotz verzweifelter Gegenwehr mit Sicherheit dem Kapitalismus unterliegen werden, und weil sie dieses Geschehnis nicht zu erkennen vermögen. Sie glauben durch den Faschismus, der weiter nichts als verzweifelte Gegenwehr auf falschen Wegen mit falschen Waffen und mit falschen Mitteln der im Grunde genommen nur ein anderer Helfer des Kapitalismus, eine andere Form von ihm ist, eine Gegenwehr zu errichten. Jene Schichten sehen noch nicht, daß ihr Platz in den Reihen der Sozialisten sein wird und muß, wollen sie in Zukunft überhaupt noch bestehen.

So ist der Tag der Arbeit zu verstehen, als Demonstration für den großen Gedanken des Sozialismus, der die einzige mögliche Gegenwehr dem Weltkapitalismus gegenüber darstellt. Für den Sozialismus, unterstrichen durch eigene Kultur, die die Kultur des Bürgertums ablösen wird.

Hierfür demonstrieren die freie Arbeiter, Angestellten- und Beamtenschaft, die mit ihr verbundenen Teile der freien Berufe und das Heer der Arbeitersportler. Sie zeigen ihre Geschlossenheit, ihren Willen zu friedlicher Gestaltung, trotz Betonung aller Macht und Kraft, die in ihnen liegt.

Karlsruhe steht am 5. Juli unter dem Zeichen dieses Gedankens. Ob es will oder nicht, er wird ihm eingehämmert. Der Gedanke ist sichtbar geworden und wird seine Wirkung tun. Hunderte von roten Fahnen, Tausende von disziplinierten Marschierenden, ob alt, ob jung, ob Frau ob Mann, tragen fühlbar gewaltigen Massenwillen mit edlen Zielen in sich!

Den starken Willen zu den Zielen des Sozialismus!

Städtische Sparkasse Karlsruhe



Gegründet
1813

UNTER BÜRGSCHAFT
DER STADTGEMEINDE



AutoFahrer!

Weine nicht, wenn dir mal ein Reifen bricht; schick ihn unverbindlich her, ob er noch zu machen wär' und wenn nicht, hol' gar nicht teuer neue Reifen bei

A. Maier, Vulkanisierungsanstalt
KREUZSTRASSE 22
Werkstatt Markgrafenstr. 33, Fernruf 6821
Prompte Bedienung auch nach auswärts!



MULBERGER
M. B. H.

Kontor: Amalienstr. 25, Ecke Waldstr.
Fernsprecher 244 und 245

**Kohlen · Koks · Briketts · Grude
Brennholz**

Die freigewerkschaftlichen Angestellten-Organisationen:

Allgemeiner Verband der deutschen Bank-
angestellten, Ortsgruppe Karlsruhe
Bund der technischen Angestellten und Be-
amten, Ortsverwaltung Karlsruhe
Deutscher Chorsängerverband und Tänzer-
bund, Lokalverband
Deutscher Werkmeisterverband, Bezirks-
verein Karlsruhe
Deutscher Werkmeisterverband, Bezirks-
verein Eillingen
Genossenschaft Deutscher Bühnenangehö-
riger, Lokalverband
Poller-, Werk- und Schachmeisterbund für
das Baugewerbe Deutschlands, Bezirksverein
Karlsruhe
Verband der Zuschneider, Zuschneiderrinnen
und Direktoren, Ortsgruppe Karlsruhe
Zentralverband der Angestellten, Ortsgruppe
Karlsruhe

sind zusammengeschlossen im

Allgemeinen freien Angestelltenbund

(f.a.)-Bund
Ortskartell Karlsruhe
Gartenstraße 25 • Fernsprecher 3787

DEUTSCHER METALLARBEITER-VERBAND

Verwaltungsstelle Karlsruhe, Büro Lammstr. 1.

Der Deutsche Metallarbeiter-Verband ist die
Organisation der deutschen Metallarbeiter.
Er zählt 1 Million Mitglieder in Deutschland
und ist die größte gewerkschaftliche Organi-
sation der Welt.

er kämpft für bessere Lohn- und Arbeitsbedin-
gungen, für weitgehendes Mitbestimmungsrecht
der Arbeiter und Angestellten in der Produk-
tion; für Ueberführung der privatkapitalisti-
schen Produktionsweise in die sozialistische

er gewährt Unterstützung bei Arbeitskämpfen
während der Dauer des Kampfes, Matzge-
lungs-, Reise-, Umzugs-, Arbeitslosen-, Kran-
ken- und Invaliden-Unterstützung, Rechts-
schutz bei Arbeitslosigkeit und Unter-
stützung in besonderen Notfällen

Für Unterstützungen wurden ausbezahlt:
1928 = 29,6 Millionen Mark
1929 = 25,5 Millionen Mark
1930 = 38,4 Millionen Mark

Jeder Metallarbeiter und Arbeiterin muß dem
Deutschen Metallarbeiter-Verband angehören

Moninger Bier

der wohlbekömmliche Erfrischungstrunk

Programm

für den 4. und 5. Juli auf dem Platz der Freien Turner

Samstag, den 4. Juli:

18 Uhr, Propagandazug der Radfahrer durch die Stadt.
19 Uhr, Motor- und radsportliche Vorführungen, Reigenfahren, Radballspiele der Arbeiter-Radfahrer, Fußballwettspiele.

Sonntag, den 5. Juli

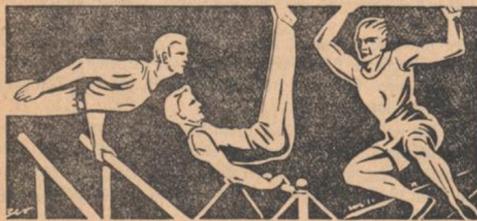
14 Uhr, Festzug durch die Stadt.
Auf dem Sportplatz der Freien Turner große Kampfbahn
1. Freübungen der Schüler und Schülerinnen.
2. Vereinigte Arbeiter-Männerchöre: a) Arbeiterlied von Ernst Toller, b) Wann wir schreiten Seit an Seite von H. Claudius.
3. Freübungen a: der Turner, b: der Turnerinnen.
4. Gemischte Chöre: a) Morgenrot, von Otto de Nobel, b) Brüder zur Sonne, russischer Volkslied von Heinz Thiesen. Direktion Dr. Heinz Knöhl (Die Instrumentation der Chöre mit Orchesterbegleitung von Dr. Heinz Knöhl).
5. Festspiel „Die Befreiung der Arbeit“, von H. Stenz.
6. 10x100-Meter-Stafettenlauf der Arbeitssportler.
7. Fußballwettspiel.

Auf Platz II ab 18 Uhr

Sportliche Darbietungen der Arbeiter-Athleten, Arbeiterschützen, Reigenfahren der Arbeiter-Radfahrer, Handballspiel. Auf der Freilichtbühne: Gesangliche und sportliche Darbietungen, Unterhaltungskonzert.

Festzugsordnung

Der Festzug geht durch folgende Straßen: Ab Stresemannplatz, durch Eitlinger-, Schützen-, Wilhelmstraße, Werderplatz, Werder-, Rippurrer-, Kronen-, Markgrafenstraße, Rondellplatz, Karl-Friedrich-Straße, Marktplatz zur Kaiserstraße, Kaiserplatz, rechte Seite Kaiserallee bis Yorkstraße, dann linke Seite Kaiserallee, Westendstraße, Parkring zum Festplatz (Platz der Freien Turner).



Festwagen führen mit: Buchdrucker, Lithographen und Stein-drucker, Buchbinder, Graph, Hilfsarbeiter, Metallarbeiter, Bau-gewerksbund, Zimmerer, Maler, Gesamtverband, Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter, Landarbeiter und Bekleidungsarbeiter.

Friedr. Hespeler, Vors. des Arbeitersportkartells Karlsruhe:

Wir Arbeitersportler

Wenn in diesen Tagen durch die Straßen unserer Stadt das Heer der Arbeit marschiert, um gerade angesichts drückendster Wirtschaftsnot seinen Willen zur Abwehr politischer Reaktion unter Beweis zu stellen, so befinden sich in diesen Kampftagen auch die Tausende der Arbeitersportler. Proletarisches, klassengebundenes Jungvolk, mitten hineingestellt in den Ablauf gesellschaftlicher Umwälzung! Gewiß ist die alte bürgerliche Welt mit ihren Anschauungen noch eingewurzelt in den Herzen und Hirnen der arbeitenden Menschheit und es bedarf eisernen Willens und starker Kräfte, eine umfassende Wandlung durch sozialistische Gefühls- und Charakterbildung herbeizuführen. Schwer und verantwortungsvoll ist diese Aufgabe und sie kann nur gelöst werden bei bewußter Anlehnung an die politische Bewegung des Proletariats. Damit ist aber gleichzeitig zum Ausdruck gebracht, daß bei aller Wertschätzung der sportlichen Tätigkeit, diese nicht Selbstzweck sein kann. Das zeigen zur Evidenz die besonderen Merkmale im Aufbau und in der Durchführung der durch uns gepflegten Leibesübungen. Der bürgerliche Sportbetrieb sieht im Gegensatz zum Arbeitersport in der Steigerung individueller Leistungen, also in der Festigung des Rekordwesens nach wie vor seinen Primat.

Man erkennt dorten völlig, daß die sich überstürzenden wirtschaftlich-technischen Fortschritte der letzten Jahrzehnte dem Sport neue Aspekte geschaffen haben. Wenn in früheren Jahrhunderten das körperliche Schönheitsideal zum Postulat erhoben wurde, so war diese Anschauung aus den Zeitverhältnissen heraus zu begründen. Sie entsprach der gesellschaftlichen Einstellung und war zeitgebunden. Heute aber, im Zeichen des Imperialismus, der modernen Lohnsklaverei, gilt es, die Schäden an der menschlichen Gesundheit mit den Mitteln vernünftgemäßer Körperkultur aufzuhalten. Damit Hand in Hand geht eine intensive Aufklärung über die Notwendigkeit einer gesunden Lebensweise. Erfreulicherweise hat unsere Sportlerjugend in Erkenntnis der schädlichen Wirkung auf die Funktionen des Körpers längst schon den Rauschgiften entsagt und sich dadurch zu ihren Forderungen um einen weiteren Ausbau der Jugendschutzgesetzgebung, Kürzung der Arbeitszeit und Regelung besserer Urlaubsmöglichkeiten qualifiziert. So erklärt sich auf die natürlichste Weise die machtvolle Entwicklung des Arbeitersports zur Massenkulturbewegung, zur Kollektivität. Daß jedoch eine solche Schulung und Ertüchtigung der heranwachsenden Generation nichts gemein hat mit den Bestrebungen hypernationaler Geister, deren Jugenderziehung unter dem Gesichtswinkel der Vaterlandsverteidigung von Ewigkeit zu Ewigkeit erfolgt, bedeutet für uns eine Selbstverständlichkeit. Der proletarische Sportler, nicht nur körperlich gestählt, sondern auch geistig in kosmopolitischem Sinne orientiert, arbeitet mit an den Grundlagen der Völkerverständigung und stellt sich damit über das Gehäben der Ewig-Gestrigen.

Auch die Frau, deren Gleichberechtigung keine bürgerliche, sondern immer schon eine sozialistische Forderung war, nimmt heute mehr denn je Anteil an den Segnungen der Leibesübungen. Sie, auf deren Schultern die Last der wirtschaftlichen Not unerträglich ruht, hat ihre Aschenbrödelrolle aufgegeben und sich von der Linie des „moralischen Bürgertums“ entfernt. Daß sie sich als Domäne die Gymnastik, gesteigert bis zur Ausdrucksform, erkoren hat, entspricht dem Bau und der besonderen Eignung ihres Körpers. Damit sei aber keineswegs gesagt, daß sie nicht auf allen Gebieten des Sportes würdige Vertreterinnen aufzuweisen hätte.

Seine besondere Eigenart hat sich zweifellos der proletarische Wanderer bewahrt. Die Betätigung der Naturfreunde, die keineswegs als Sport im wahrsten Sinne des Wortes gewertet werden kann, reicht schon so stark nach der Seite der vorwiegend kulturellen Aufgaben, daß mit Recht von einer Bewegung der Ausdruckskultur gesprochen wird. Und doch liegt ihr Sein in Parallele zu unserm Willen. Das Schauen in der Natur, das Erkennen der Menschen in ihren sozialen Schichten, in Sitten, Gebräuchen und Lebenshaltung stärkt nicht nur das Wissen, sondern festigt den Bau der sozialistischen Gedankenwelt.

Wie weit im Allgemeinen der kollektive Gestaltungswille vorgedrungen ist und gänzlich neue Wege beschreitet, zeigen die gesunden Ansätze der den rein-sportlichen Rahmen sprengenden Bewegungschöre. Wenn der Arbeitersportler durch eine neue Festkultur zur Vertiefung und Verlebendigung seiner Ideenwelt gelangt, hat er eine bedeutsame Mission erfüllt. Die Erreichung dieser gesteckten Ziele ist eine große und gewaltige Aufgabe, sie wird in der Zeit ökonomischen Niedergangs wahrlich nicht leichter. Drohend erhebt sich die Reaktion. Ihr Sieg wäre für die Arbeitersportbewegung eine rückläufige Entwicklung auf Jahrzehnte, wenn nicht mehr.

Bade-Mäntel
Bade-Anzüge
Bade-Wäsche

Schöne Auswahl
Billigste Preise

Carl Schöpf

Brot- und Feinbäckerei

Ernst Spittler

Luisenstraße 18, Telephon 4286

Empfehle mich in der Be-lieferung aller Sorten Brot und Backwaren. Auswahl in Kaffee- und Teegebäck

Frühstücksbrote werden ins Haus geliefert

Empfehle meine erstklassigen

Fleisch- und Wurstwaren

Emil May, Metzgermeister

Karlsruhe i. B.

Rheinstr. 51, Fernruf 1561

Photo-Apparate

in großer Auswahl

**Sämtlicher Zubehör
Flime • Platten • Papiere
Chemikalien**

stets frisch am Lager
Entwickeln • Kopieren

Carl Roth • Drogerie

Fernsprecher 610/81, Herrenstr. 26/28

Städtisches

Tiergarten-Restaurant

mit Etagen-Café, vornehmen
Speise- u. Gesellschaftssälen

Karlsruhe i. B.

Inhaber Carl Kist / Unmittelbar gegenüber dem Hauptbahnhof

Fernruf 822

Eigene Konditorei / Ueberdeckte Terrasse mit herrlichem Ausblick in den Stadgarten



Hausfrauen

kauft in den

Edeka-Geschäften

der

**Edeka-Großhandel
G. m. B. H., Karlsruhe**

Schmoller



Das Haus für sparsame Kunden

Wenn daher, um einen historischen Vergleich zu ziehen, in den Jahren 1848/49 die Deutsche Turnerschaft dem aufkommenden Bürgertum in seinem Kampfe gegen den morsche Feudalismus zur Seite stand, so haben wir Arbeitersportler heute die Pflicht, in Geschlossenheit den Geist des Sozialismus gegen den unfähigen Kapitalismus zu verteidigen. Nur in Gemeinschaft mit den politischen und wirtschaftlichen Organisationen kann eine Phalanx geschaffen werden, an der alle Angriffe auf Menschenrecht und Menschenfreiheit zerschellen werden.

Ewald Oberschelp:

Die Jugend marschiert

Die Jugend ist stets begeisterungsfähiger und empfänglicher für Ideale, ist eher mitgerissen von Anschauungen und Ideen als die Alten. Das war früher schon so und gilt auch noch für die heutige Jugend, die sich gerne den Anstrich einer großen Sachlichkeit gibt. Ein Beweis dafür ist das Verhältnis der Jugend zum Nationalsozialismus, der es verstanden hat, mit seinen Phrasen und auftrifflenden Idealen viele Jugendliche an sich zu ziehen. Der weniger kritiklose Jugendliche nimmt diese herausgestellten Ziele und Ideen des Nationalsozialismus für wirkliche Forderungen und merkt es vielfach erst sehr spät. Sie braucht Ideale, sie will Aufgaben haben und Ziele gesetzt sehen. Die Sozialdemokratische Partei ist heute nicht mehr so mitreißend als früher, weil sie durch die für die Arbeiterschaft sehr ungünstige Lage nicht immer im Stande ist, ihre sozialistischen Ziele so zu verfolgen, wie sie es möchte. Sie wird zu Kompromissen gezwungen, wenn sie das Proletariat vor noch größeren Unterdrückungen bewahren will, als bisher. Es ist deshalb zu verstehen, daß die Jugendfrage nicht immer so sorgfältig beachtet wird, wie es notwendig wäre. Und doch verlangt gerade die heutige Jugend mehr Beachtung und Anerkennung und Heranziehung zur Mitarbeit innerhalb der Partei, als je zuvor.

Aber nicht nur Anerkennung und Mitarbeit verlangt die Jugend für sich, sondern sie fühlt sich auch viel stärker mit der Partei verbunden, als früher. Es ist nicht zu verkennen, daß sich die proletarische Jugend mehr und mehr löst von der kleinbürgerlichen Wandervogelromantik der ersten Nachkriegszeit. Sie setzt sich bewußt mit ein, für den Kampf der Partei und Gewerkschaften zur Umgestaltung der Verhältnisse im sozialistischen Sinne. Dies ist ein Zeichen dafür, daß die arbeitende Jugend ihre Lage erkennt und gewillt ist, andere Wege zu gehen. Aber es liegt nicht nur die Erkenntnis der eigenen Lage darin, sondern sie ist sich auch bewußt, daß die ganze Hoffnungslosigkeit und Aussichtslosigkeit ihres Proletariatsdaseins die der gesamten Arbeiterschaft ist und daß es nur anders werden kann, wenn sie sich eng mit der Partei zusammenschließt. Sie weiß genau, daß jede Errungenschaft der Partei auch der Jugend zugute kommt.

Die Jugend will aber über die Erkenntnis der eigenen Lage hinaus noch zu einer inneren Haltung, zu einer Persönlichkeitsgestaltung im sozialistischen Sinne kommen. Durch ihre Gruppen, durch ihre Jugendgemeinschaften schafft sie sich eine Umwelt, in die sie ihre ganzen Wünsche und ihr ganzes Hoffen auf Verwirklichung einer neuen Ordnung hineinträgt, wo sie den Forderungen nachzuleben versucht, welche der Sozialismus an den Menschen stellt. Der Einzelne tritt mit seinem Erleben zurück, das Wohl des Proletariats, der Gesamtheit ist maßgebend. Damit vollzieht sich eine Wandlung vom Einzel-erlebnis zum Massenerlebnis, ein Hinleiten zum kollektiven Denken und Fühlen, das für die Entwicklung des Sozialismus unbedingt notwendig ist.

Wenn die arbeitende Jugend am Tag der Arbeit mit den Gewerkschaften und der Partei durch die Straßen marschiert, wenn sie mit den Alten unter den roten Fahnen demonstriert für eine neue Ordnung, wenn sie fordert, daß die Arbeit einen Sinn und einen Zweck hat, daß sie nicht Qual und Ausbeutung sein soll, so liegt darin nicht nur die Erkenntnis ihrer Lage, sondern es bedeutet für sie tiefste Verbundenheit mit der Partei, mit dem Proletariat und ein aktives Einsetzen für eine neue Ordnung. In allen Liedern, Sprechchören, in den Versuchen einer neuen Festkultur liegt das Sehnen nach etwas anderem, liegt der Wille Neues zu schaffen, liegt der Wille zur Verwirklichung des Sozialismus.

GESCHW. KNOPF

Das große Warenhaus für Alle

Beste Bezugsquelle für Vereine, Verbände usw.

Vereins-Preise, Vereins-Ge-schenke u. Dekorationsbedarf

Bäckerei und Konditorei

Otto Schmitt • Karlsruhe

Zähringerstraße 68 und Kaiserstraße 111
Telephon 4197

Tägl. 2mal frisches Kaffee- u. Teegebäck

Bei Sommerfestlichkeiten

übernimmt Lieferung und Verkauf von
Besein nach Übernkünft

Jos. Boneberger, Karlsruhe i. B.

Blumens raße 7

BLUMENHAUS

JOS. BEETZ

Gartenbaubetrieb
Wilhelmstr. 60, Bahnhofplatz 4/6
FERNSPRECHER 5102

Bade-Anzüge

Bademäntel, Sportheimden
in bekannter großer Auswahl

BAITSCH & ZIRCHER

Erbsprinzenstraße 21



Das verarmte Deutschland

sollte teure Lebensmittel nicht kaufen.
Ein billiges Nahrungs- u. Heilmittel ist

Dr. Axelrod's

YOGHURT

aus bester Vollmilch täglich
frisch bereitet durch die

Städt. Milchzentrale Karlsruhe

Zähringerstr. 47 / Telephon 5294-5295



Bauhütte Karlsruhe

Gemeinnütz. Baugesellschaft m. B. H.

Büro: Marienstraße 96
Lager: Ruppurrer Str. 118
Fernsprecher 5900

Bau-Ausführungen

aller Art

Ableitungen für Hochbau,
Tiefbau, Eisenbetonbau,
Zimmerer, Dachdeckungen
Glaser, Glaserei u. Schrei-
nerei, Terrazzo- und
Platten-Arbeiten

Übernahme ganzer Bauprojekte bis
zur schlüsselfertigen Herstellung.



KOHLN / KOKS

BRIKETT / HOLZ

Winschermann G.m.B.H.

Gegründet 1848 • Telephon 815, 816, 817